

Lenk, Thomas

**Working Paper**

## Arbeit und Wohlstand: Einige Anmerkungen zu J.M. Keynes' "Economic Possibilities for the Grandchildren"

Arbeitspapier, No. 3

**Provided in Cooperation with:**

University of Leipzig, Institute of Public Finance and Public Management

*Suggested Citation:* Lenk, Thomas (1997) : Arbeit und Wohlstand: Einige Anmerkungen zu J.M. Keynes' "Economic Possibilities for the Grandchildren", Arbeitspapier, No. 3, Universität Leipzig, Institut für Finanzen, Finanzwissenschaft, Leipzig

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/52378>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Arbeit und Wohlstand

*Einige Anmerkungen zu J.M. KEYNES’  
„Economic Possibilities for the Grandchildren“*

16. Juli 1997

## Inhaltsverzeichnis

1 KEYNES UND DIE ZUKUNFT .....	4
2 DIE ZUKUNFT IST JETZT .....	7
2.1 GESELLSCHAFTLICHE UND INDIVIDUELLE WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN: .....	8
2.2 ENTWICKLUNG DES LEBENSSTANDARDS: .....	10
2.3 ARBEITSSITUATION: .....	15
3 URSACHENFORSCHUNG .....	17
3.1 IDEENGESCHICHTE UND ENTWICKLUNG DER ARBEIT .....	17
3.1.1 Antike .....	17
3.1.2 Mittelalter .....	18
3.1.3 Renaissance und Reformation .....	19
3.1.4 Absolutismus .....	20
3.1.5 Industrielle Revolution .....	21
3.1.6 Gründerzeit und Weimarer Republik .....	22
3.1.7 Nationalsozialismus .....	25
3.1.8 Entwicklung nach 1945 .....	26
3.1.8.1 Nationale Entwicklungen .....	26
3.1.8.1.1 Staat und Arbeit: die Arbeitsgesetzgebung .....	26
3.1.8.1.2 Die Tarifparteien .....	29
3.1.8.1.3 Freizeitgesellschaft und Arbeit .....	33
3.1.8.2 Die Weltwirtschaft .....	39
4 Ausblick in die Zukunft; Economic Possibilities for Our Grandchildren .....	44

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 2-1: Entwicklung der Bruttoeinkommen der Arbeiter in der Industrie 1960-1995, arbeit2.xls.....	9
Abb. 2-2: Tarifliche und bezahlte Wochenarbeitsstunden in der Industrie (1960-1995), arbeit2.xls .....	15
Abb. 3-1: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad (geworgr.xls).....	30

## Tabellenverzeichnis

Tab. 2-1: Entwicklung des Warenkorb für die Verbraucherpreise nach Jahren der jeweiligen Indexumstellungen.....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
Tab. 2-2: Vergleich der Wägungsschemata der Preisindizes für die Lebenshaltung nach Hauptausgabegruppen 1962-1985.....	14
Tab. 3-1: Ein Leben ohne Arbeit? .....	33
Tab. 3-2: Vorstellungen zu Arbeitszeit und Entlohnung .....	34
Tab. 3-3: Wertschätzung von Arbeit und Freizeit nach Status im Beruf .....	34
Tab. 3-4: Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern Veränderung.....	36
Tab. 3-5: Lohnstückkosten (2) .....	37
Tab. 3-6: Kapitalströme (1) ausgewählter Länder.....	40
Tab. 3-7: Export- und Importanteile ausgewählter Länder und OECD am Welthandel ....	42

## 1 Keynes und die Zukunft

Mitten in der Großen Weltwirtschaftskrise schrieb der englische Ökonom John Maynard Keynes 1930 einen kleinen Aufsatz:

"Die wirtschaftlichen Chancen unserer Enkel".

Der herrschende Pessimismus, so beginnt Keynes, sei eine "wahnwitzig falsche Interpretation" dessen, was unter der Oberfläche vor sich gehe. "Wir leiden nicht am Altersrheumatismus, sondern an Wachstumsschmerzen." Die technologische Arbeitslosigkeit, die das zwanzigste Jahrhundert begleite, sei die Voraussetzung für kommende paradiesgleiche Zustände.

Schon in ein oder zwei Generationen, also jetzt, werde die Menschheit "ihr ökonomisches Problem" gelöst haben. Die Produktivität des Kapitalismus werde uns mit allen notwendigen Gütern ausstatten, und unsre armen Nachbarn auch. Dann werde eine Zeit anbrechen, in der wir "befriedigt...unsere Energie anderen Zielen zuwenden können".

"Wir werden uns von vielen der pseudomoralischen Prinzipien trennen, die wie ein Albtraum zweihundert Jahre auf uns hockten und durch die wir einige der unappetitlichsten menschlichen Eigenschaften zu höchsten Werten stilisiert haben. Die Liebe zum Geldbesitz ...wird erkannt werden als das was sie ist: eine irgendwie ekelerregende Krankhaftigkeit, eine dieser halb-kriminellen, halb-pathologischen Eigenarten, die man mit einem Schauer an den Spezialisten für Geisteskrankheiten verweist.

Eine Menschheit, die aus dem "Tunnel der Notwendigkeit" träte, hätte nur noch ein Problem: die Arbeit zu verteilen. Ein schwieriges Unterfangen, denn zu lange seien wir daran gewöhnt, zu ackern und nicht zu genießen. Gerade für die einfachen Arbeiter, ohne Bildung, ohne besondere Begabung, werde es schwer werden, einen Sinn im Leben zu finden, wenn der Arbeitszwang entfalle und sie nicht länger in der Landwirtschaft oder der traditionellen Gesellschaft wurzelten. Lord Keynes zitiert den Jenseitstraum der Putzfrau, die den Besen weggelegt hat und nur noch den Hallelujah-Chören lauscht:

Don't mourn for me, friends, don't weep for me never,  
 For I'm going to do nothing for ever and ever.  
 With psalms and sweet music the Heavens'll be ringing,  
 But I shall have nothing to do with the singing."

Keynes widerspricht heftig: "Nur diejenigen, die singen können, werden es aushalten - und wie wenige von uns können das!" Die flachen Oberschichtsvergnügungen, der Glitzertinneff, die Jahrmarktsspäße seiner Zeit jedenfalls legten ihm die Vermutung nahe, daß wir da noch viel zu lernen hätten.

- Eigenarbeit wäre eine Möglichkeit, die freie Zeit sinnvoll zu nutzen,
- eine andere wäre die Rückkehr zu handwerklichen Kunstfertigkeiten, die in der Epoche der Massenproduktion verloren gingen, oder zu teuer wurden, um marktfähig zu sein. Vielleicht überlegen wir sogar, bestimmte Fertigungsprozesse, die jetzt von Maschinen geleistet werden, wieder zurückzunehmen: und sei es, um die Fähigkeit, mit unseren Fingern klug zu sein, nicht zu verlieren.

Im übrigen - so schrieb Lord Keynes - würden wir „die Butter dünn auf das Brot streichen müssen - um die Arbeit, die noch zu tun sein wird, so breit wie möglich zu verteilen.

Drei-Stunden-Schichten oder die Fünfzehn-Stundenwoche werden das Problem eine Weile strecken. Denn drei Stunden am Tag sollten genug sein, um den alten Adam in uns zu beruhigen."

Keynes Vision erschreckt, weil sie, trotz der weiterhin explodierenden Produktivität heute kaum noch denkbar ist,

- zu tief sind unsere Gehirne und Psychen an Begriffe wie Produktivität, Effizienz, u.ä. gekettet,
- zu nachhaltig wirken die 10000 verschiedenen Dinge auf uns, die (statistisch gesehen) in jedem Haushalt des zivilisierten Nordens "gebraucht werden".

Keynes Vision läßt uns erbleichen, denn dies ist kein Kreuzberger Alternativer, sondern ein bürgerlicher Kosmopolit, der mit leichter Hand zeigt, was unserer Kultur inzwischen abhanden gekommen ist:

- die Vorstellung, das Wachstum könne sich irgendwann einmal verlangsamen,
- die Bedürfnisse vernunftbegabter Wesen seien endlich;
- der Gedanke, die Wirtschaft sei dazu da, die Grundlage für Muße und "höhere Betätigung" zu legen, und nicht immer mehr Lebenszeit in den Strudel der Produktivität zu reißen;
- das Bewußtsein vom Primat der Politik und der Moral über die Wirtschaft, die der Zwecksetzung der Menschen zu dienen habe.

"Wir werden so frei sein", so endet Keynes seine kleine Schrift, "zu einigen der tiefsten und gewissesten Grundlagen der Religion und Werten unserer Tradition zurückzukehren: daß Geiz eine Sünde, übermäßige Zinsnahme eine Missetat und die Liebe zum Geld verabscheuenswert ist, daß diejenigen am sichersten auf dem Pfad der Tugend und milden Weisheit wandern, die sich am wenigsten ums Morgen kümmern. Wir werden wiederum die Ziele über die Mittel setzen und das Gute dem Nützlichen vorziehen. Wir werden diejenigen ehren, die uns lehren, wie wir die Stunde und den Tag gut und fruchtbar nutzen können."

Vor allem aber laßt uns die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Aufgabe nicht überschätzen oder ihren angeblichen Notwendigkeiten Dinge von größerer und beständigerer Bedeutung opfern. Sie sollte eine Sache für Fachleute werden, wie Zahnheilkunde. Wie herrlich würde es sein, wenn Volkswirtschaftler es dahin bringen würden, daß man sie mit so bescheidenen, sachkundigen Leuten wie Zahnärzten auf eine Stufe stellt.

## **2 Die Zukunft ist jetzt**

Seit KEYNES' Essay sind siebenundsechzig Jahre vergangen; Anlaß genug um zu fragen, wie weit wir Enkel auf dem Weg in eine bessere Zukunft gekommen sind: Hierbei ist einerseits zu prüfen, wie sich die wirtschaftliche Grundlage entwickelt hat; andererseits muß betrachtet werden, wie die Menschheit ihren heutigen Reichtum nutzt. Dies soll im folgenden am Beispiel Deutschlands betrachtet werden.



## **2.1 Gesellschaftliche und individuelle wirtschaftliche Grundlagen**

Die wirtschaftlichen Ressourcen einer Gesellschaft sind nur schwer zu messen. Nimmt man das Bruttosozialprodukt als einen Indikator dafür, was einer Gesellschaft wahlweise zur Befriedigung (Konsum) oder zur Sicherung (Investitionen) ihrer Bedürfnisse zur Verfügung steht, so sagt dies an sich nur sehr wenig aus. Die Frage ist nämlich einerseits, wieviele Gesellschaftsmitglieder aus diesem Fonds schöpfen und andererseits, wie sich die individuellen Anteile verteilen.

Zur Beantwortung der ersten Frage kann man das Bruttosozialprodukt eines Landes auf seine Bevölkerung beziehen und erhält damit einen Indikator für den Reichtum einer Gesellschaft als Ganzes. Für die alte Bundesrepublik kann man hierbei sehen, daß das Bruttosozialprodukt je Einwohner 1991 mit 41600 DM real viereinhalbmal so hoch lag, wie 1950 (9300 DM) (1995, d.h. im Jahr 5 nach der Wiedervereinigung, war für Gesamtdeutschland immerhin schon wieder der 3,5-fache Wert des Jahres 1950 (32900 DM) erreicht).

Nun kommen in diesen Zahlen zwar die potentiellen Möglichkeiten zum Ausdruck, nicht aber die wirkliche Verteilung. Für derartige Aussagen ist es erforderlich zu untersuchen, wer in welchem Maße von der Steigerung der Wirtschaftskraft profitiert, d.h. wie sich Einkommen und Vermögen über die Zeit entwickelt haben. Vermögen ist statistisch relativ schlecht zu erfassen. Konzentrieren wir uns deshalb auf die Einkommensentwicklung und stellen uns die Frage, wie sich die Einkommen der unteren Einkommensklassen, d.h. der Arbeiterhaushalte entwickelt haben.

Abb. 2-1: Entwicklung der Bruttoeinkommen der Arbeiter in der Industrie 1960-1995, arbeit2.xls.

Auf Basis der Bruttowochenverdienste kann man feststellen, daß diese sich seit 1960 nominal fast verzehnfacht haben. Möchte man sich einen Anhaltspunkt für die Kaufkraftentwicklung, welche hierin zum Ausdruck kommt verschaffen, so kann man die Verdienste mit dem Index der Lebenshaltungskosten bewerten, was in der vorangehenden Abbildung in Preisen von 1991 geschehen ist. Dann läßt sich feststellen, daß sich die Kaufkraft der durchschnittlichen Einkommen der Industriearbeiter seit 1960 real immerhin noch nahezu verdreifacht hat.<sup>1</sup>

Vergleicht man dies mit der Zunahme des durchschnittlichen realen Bruttosozialproduktes pro Einwohner, das sich im gleichen Zeitraum etwa verdoppelt hat (18.000 DM (1960), 38.900 DM (1995), in Preisen von 1991), so kann man sagen, daß sich die Situation der unteren (Erwerbs-)Einkommensklassen überdurchschnittlich verbessert hat, was einer überdurchschnittlichen Partizipation an der Zunahme des allgemeinen Wohlstands entspricht.

Rein materiell konnten sich also immer mehr gesellschaftliche Gruppen von drückenden wirtschaftlichen Sorgen befreien und insofern sind KEYNES' Vorhersagen eingetroffen.

---

<sup>1</sup> Strenggenommen müßte an dieser Stelle auch der Saldo aus durchschnittlichen Abgaben und Transfers berücksichtigt werden, worauf aber genauso wie auf eine eingehendere Beschäftigung mit der Problematik der statistischen Bestimmung von Kaufkraft, verzichtet werden soll.

Allerdings ist die Definition dessen, was drückende wirtschaftliche Sorgen sind, eng mit dem Lebensstandard einer Gesellschaft verknüpft und werden demgemäß in Deutschland ganz anders empfunden als beispielsweise in Bangladesh. Für eine sinnvolle Gesamteinschätzung muß also berücksichtigt werden, wie sich die Ansprüche an die eigene materielle Existenz im Laufe der Zeit entwickelt haben.

## **2.2 Entwicklung des Lebensstandards**

Zur Entwicklung des Lebensstandards finden wir bei Keynes folgendes:

„Nun ist es freilich wahr, daß die Bedürfnisse menschlicher Wesen anscheinend unersättlich sind. Aber sie zerfallen in zwei Klassen: solche Bedürfnisse, die in dem Sinne unbedingter Art sind, daß wir sie fühlen, gleichviel, wie die Lage unserer Mitmenschen sein mag, und solche, die in dem Sinne verhältnismäßiger Art sind, daß wir sie nur fühlen, wenn ihre Befriedigung uns über unsere Mitmenschen erhebt, uns ein Gefühl der Überlegenheit gibt. Die Bedürfnisse der zweiten Klasse, solche, die das Verlangen nach Überlegenheit befriedigen, mögen in der Tat unersättlich sein, denn je höher der allgemeine Stand, um so höher sind sie. Das ist aber nicht so zutreffend für die unbedingten Bedürfnisse: es mag bald ein Punkt erreicht werden, vielleicht viel eher, als es uns selbst klar wird, an dem diese Bedürfnisse in dem Sinne befriedigt sind, daß wir vorziehen, unsere weiteren Kräfte nicht-wirtschaftlichen Zwecken zu widmen.“

Was kann über die Endlichkeit der menschlichen Bedürfnisse und um die postulierte zunehmend schwächere Präferenz für Konkurrenzbedürfnisse gesagt werden?

Hier liegt wohl der schwächste Punkt in der KEYNESSchen Argumentationskette. Offensichtlich war für KEYNES nicht vorauszusehen, daß sich der allgemeine Lebensstandard in den westlichen Industrieländern derart rapide entwickeln würde, Beispiele hierfür sind die zunehmende Motorisierung, die zunehmende Ausstattung mit Elektrogeräten im Haushalt und Unterhaltungselektronik, der stetig wachsende Wohnraumbedarf und nicht zuletzt der zunehmende Energieverbrauch. All dies bleibt natürlich nicht ohne Auswirkung auf die Konkurrenzbedürfnisse; aber auch die individuellen Bedürfnisse der Menschen haben sich seit den dreißiger Jahren stark verändert.

Exemplarisch läßt sich die Entwicklung des allgemeinen Lebensstandards in der Bundesrepublik anhand der Veränderung des Inhaltes des Warenkorb darstellten, den das Statistische Bundesamt zur Berechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung regelmäßig ermittelt. Dieser Warenkorb enthält nämlich Güter und Mengen, wie sie typischerweise von bestimmten Gesellschaftsgruppen nachgefragt werden.

Tab. 2-1: Entwicklung des Warenkorb für die Verbraucherpreise nach Jahren der jeweiligen Indexumstellungen

Betrachtet man die Bewegungen innerhalb des Warenkorb so stellt man fest,

- daß sich einerseits die Anzahl der berücksichtigten und damit allgemein nachgefragten und konsumierten Güter erhöht hat.
- Andererseits läßt sich zeigen, daß zunehmend einfache und günstige Artikel in dem Maße an Relevanz verloren haben in dem die Bedeutung hochpreisiger und technisch komplizierter Güter sowie Luxus- und Freizeitartikel zugenommen hat.

Jahr	Anzahl der im veröffentlichten Wägungsschema ausgewiesenen Positionen	ausgewählte Beispiele der im Warenkorb aufgrund der ...	
		... geringer gewordenen Verbrauchsbedeutung ausgeschiedene Güter	... zunehmenden Verbrauchsbedeutung neu aufgenommene Güter
1950	249		
1958	434	Kunsthonig Matratze, Seegras Rundfunkröhre 164 Rundfunkröhre AK 2 Taghemd für Damen (Kunstseide)	Obst-Konserven Zechenbrechkoks Heizöl Wohnzimmer, Anbaumöbel Ölofen Gasherd Werkzeuge Waschmaschine Musikinstrumente Chem. Reinigung Private Krankenversorgung Oper, Theater Gesellschaftsreise Sportveranstaltung Kraftfahrzeuge Kfz-Versicherung
1962	879	Damen-Kleiderstoff, Kunstseide Kohlenherd Wanne, verzinkt Eßbesteck, Alpaka Eimer, emailliert Gußkochplatte Waschtopf Leihbücher	höherwertige Nahrungsmittel Sportschuhe Tapeten und Farben Gartengeräte Gebrauchs- und Verbrauchsgüter für Kraftfahrzeuge Leistungen für Kraftfahrzeuge Arzt-, Krankenhausleistungen Filmgeräte Hausratsversicherung Rechtsanwaltsgebühren Flugverkehr Wohnwagen Sport- und Campingartikel Haustiere Bankgebühren
1970	899	Damen-Kleid (Acetatseide) elektr. Heizlüfter Geleeglas	Ausbau der 1958 und 1962 aufgenommenen Gütergruppen
1976	713	Kaffee-Ersatz Leere Konservengläser und Gummiringe Damenhandschuhe aus Wolle markenfreier Schaumwein	Herren-Lederjacke Damen-Pelzmantel Tiefkühltruhe elektrische Bohrmaschine Reisepaßgebühren elektrischer Taschenrechner Quarzarmbanduhr TÜV-Gebühren Ferienwohnungen Campingplätze
1980	753	Hüftmieder Hifi-Tonbandgerät Nachtkonsole Frisiergelegenheit Warnblinkleuchte für Kfz Aus- und Einbau eines Motors	TV-Multispiel Video-Recorder Polstergarnitur Führerscheingebühr Möbeltransport

1985	751	Kassettenrecorder Kollegmappe Fernseher Schwarz/weiß-Filmprojektor	bleifreies Normalbenzin Videokamera Tennisschläger Diätmargarine
------	-----	---	---

Quelle: Heske, G. (1992), S. 136f.

Bestätigt wird die beschriebene Entwicklung, wenn man sich die Aufteilung der Ausgaben der Haushaltsgruppen auf bestimmte Gütergruppen ansieht. Die Güter des Grundbedarfs, insbesondere Nahrungsmittel, Bekleidung und Haushaltsführung spielen eine immer unbedeutenderen Rolle, während die anderen Kategorien und hierunter insbesondere die Bereiche Energie und Bildung/Unterhaltung, also der Freizeitbereich einen immer größeren Raum in den allgemeinen Konsumgewohnheiten einnehmen und zwar durch alle sozialen Schichten.

Tab. 2-2: Vergleich der Wägungsschemata der Preisindizes für die Lebenshaltung nach Hauptausgabegruppen 1962-1985.<sup>2</sup>

Basisjahr	alle privaten Haushalte		4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		4-Personen-Haushalte von Arbeitnehmern mit mittlerem Einkommen		2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
	Wägungsanteile							
	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren							
1962	294	39,8	468	30,6	326	44,0	164	52,8
1970	432	33,3	533	26,7	426	36,8	233	43,8
1976	621	26,7	754	22,8	622	30,3	346	38,8
1980	664	24,9	877	21,1	725	28,2	397	33,3
1985	714	23,0	1002	20,2	790	26,0	464	30,4
	Bekleidung, Schuhe							
1962	89	12,0	163	10,7	89	12,0	22	7,2
1970	130	10,1	199	10,0	118	10,2	37	7,0
1976	203	8,7	300	9,1	177	8,6	56	6,3
1980	218	8,2	351	8,5	227	8,8	79	6,6
1985	216	7,0	397	8,0	234	7,7	80	5,3
	Wohnungsmiete, Energie (ohne Kraftstoffe)							
1962	112	15,2	223	14,6	103	13,9	67	21,6
1970	223	17,2	332	16,6	220	19,0	146	27,4
1976	425	18,2	596	18,1	409	19,9	266	29,9
1980	568	21,3	792	19,1	559	21,7	365	30,6
1985	777	25,0	1124	22,6	771	25,3	515	33,8
	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter der Haushaltsführung							
1962	87	11,7	163	10,7	82	11,0	26	8,3
1970	147	11,4	194	9,7	99	8,5	43	8,0
1976	233	10,0	299	9,1	185	9,0	79	8,9
1980	250	9,4	360	8,7	200	7,8	90	7,5
1985	224	7,2	308	6,2	201	6,6	95	6,2
	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege							
1962	25	3,4	72	4,7	23	3,1	9	2,9
1970	52	4,0	122	6,1	39	3,4	19	3,5
1976	100	4,3	185	5,6	58	2,8	31	3,5
1980	108	4,0	231	5,6	71	2,8	56	4,7
1985	127	4,1	278	5,6	90	2,9	74	4,8
	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung							
1962	57	7,7	248	16,2	46	6,2	7	2,3
1970	136	10,5	283	14,2	118	10,2	20	3,8
1976	343	14,8	561	17,0	280	13,7	48	5,4
1980	381	14,3	579	14,0	341	13,2	84	7,1
1985	447	14,4	719	14,5	424	13,9	130	8,6
	Güter für Bildung Unterhaltung							
1962	48	6,4	115	7,5	47	6,3	11	3,6
1970	79	6,1	157	7,9	79	6,9	23	4,3
1976	183	7,9	299	9,1	185	9,0	41	4,7
1980	226	8,5	425	10,2	240	9,3	67	5,7
1985	260	8,4	482	9,7	286	9,4	88	5,7
	Güter der persönlichen Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sonstige Güter							
1962	28	3,8	76	5,0	26	3,5	4	1,3
1970	95	7,4	176	8,8	58	5,0	11	2,2
1976	218	9,4	304	9,2	137	6,7	22	2,5
1980	250	9,4	533	12,8	212	8,2	54	4,5
1985	340	10,9	654	13,2	248	8,2	80	5,2

Quelle: Heske, G. (1992), S. 148f.

<sup>2</sup> Heske G. (1992), Preisstatistik, Berlin 1992.

### 2.3 Arbeitssituation

Zur Zeit wird Deutschland wieder von einer Phase überaus hoher struktureller Arbeitslosigkeit heimgesucht. Diese eilt seit geraumer Zeit von einem Rekord zum anderen, so sind im Juni 1997 in Deutschland über 4,2 Mio. Menschen offiziell arbeitslos gemeldet, was einer Quote von 11,1% entspricht (2,9 Mio. bzw. 10,0% in den alten Ländern). Zur historische Einordnung: Im Jahr 1933 waren in Deutschland über 5,8 Mio. Menschen arbeitslos was zur damaligen Zeit einer Quote von 31,0% entsprach.<sup>3</sup>

Auf der anderen Seite können wir konstatieren, daß für den durchschnittlichen Industriearbeiter sowohl die geleistete Arbeitszeit als auch die Anzahl der Überstunden trotz steigender Unterbeschäftigung seit 1994 wieder zunehmen.

Abb. 2-2: Tarifliche und bezahlte Wochenarbeitsstunden in der Industrie (1960-1995), arbeit2.xls

Zusätzlich sei festgehalten, daß auch die Lebensarbeitszeit nach den neuesten Beschlüssen zur Rentenreform zukünftig wieder zunehmen wird. Die betriebliche Vorruhestandsregelung, auf die sich kürzlich Arbeitgeber und Betriebsrat bei VW geeinigt haben, sind, wie das gesamte Arbeitszeitmodell des Konzerns, trotz ihrer hohen Publikumswirkung, Entwicklungen gegen den allgemeinen Trend.

Augenscheinlich zerfällt unsere Gesellschaft, entgegen der Voraussagen KEYNES' in zwei konträre Teile. Auf der einen Seite steht die Gruppe der (Noch-) Arbeitsplatzbesitzer, die trotz

---

<sup>3</sup> Beckerath, E. u.a. (Hrsg.) (1956), Handwörterbuch der Sozialwissenschaft, Bd. 1, Tübingen 1956, S. 310.



abnehmender Arbeitszeit prozentual soviel bezahlte Überstunden machen, wie zu den Hochzeiten des Vereinigungsbooms und auf der anderen Seite sind die Arbeitslosen zu finden, die, zumindest was die Befriedigung von Grundbedürfnissen anbelangt, weitgehend abgesichert sind und trotzdem in den meisten Fällen mit allen Mitteln eine Erwerbsarbeit suchen.

Zu konstatieren ist, daß es unserer Gesellschaft bisher nicht gelungen ist, die verbleibende Arbeit gerechter auf alle Gesellschaftsmitglieder zu verteilen. Nach der Zwei-Drittel- und der Drei-Viertel-Gesellschaft macht inzwischen bereits das böse Wort von der 20:80 Gesellschaft die Runde, in der 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen, um alle erforderlichen Güter und Dienste zu produzieren und der Rest mit einer Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung bei Laune gehalten wird (*panem et circenses*).<sup>4</sup> So geschehen nicht etwa auf einem Treffen von Berufspessimisten, sondern auf einem Kongress, zu dem 1995 Michail Gorbatschow eine internationale Elite aus Wirtschaft und Politik ins berühmte Fairmont Hotel nach San Francisco gebeten hatte.<sup>5</sup> Warum also, so muß man sich fragen, organisieren postmoderne Gesellschaften ihr Zusammenleben derart arbeitszentriert und warum scheint in heutigen Zukunftsvisionen der Gedanke an eine Umverteilung von Arbeit gar nicht erst vorzukommen? Ist dies eine Frage von Traditionen, sind es äußere Umstände, die dem Einzelnen oder den nationalen Volkswirt-

---

<sup>4</sup> Das zugehörige Schlagwort lautet „tittytainment“ und geht zurück auf Zbigniew Brzezinski, den ehemaligen Sicherheitsberater Präsident Carters. Bei tit (=us-)engl. umgangssprachlich für Brust) war allerdings weniger der sexuelle, sondern vielmehr der nährende Aspekt impliziert.

<sup>5</sup> Martin, H.-P./Schumann, H. (1996), Die Globalisierungsfalle, Reinbek b. Hamburg 1996, S. 12.

schaften keine andere Wahl lassen oder ist der Mensch einfach entsprechend „gepol“?

Um einer befriedigenden Antwort näher zu kommen, muß zunächst eine Einordnung der Arbeit in den Kontext der historischen Entwicklung vorgenommen werden. Hierbei muß sowohl die reale Entwicklung als auch die Ideengeschichte der Arbeit berücksichtigt werden:

### **3 Ursachenforschung**

#### ***3.1 Ideengeschichte und Entwicklung der Arbeit***

Arbeit ist eng mit der Entwicklungsgeschichte der Menschheit verbunden, da sie ursprünglich der einzige Produktionsfaktor war, den Menschen zur Befriedigung ihrer physischen Bedürfnisse einsetzen konnten.

Einerseits konnte seit jeher mit dem Einsatz von Arbeit die Lebensqualität nachhaltig verbessert werden, andererseits war die Erreichung dieses Ziels durch *körperliche* Arbeit i.a. mit Mühen, Unannehmlichkeiten und Zeitaufwand verbunden. Aus dem letzteren Grund haben sich die herrschenden Schichten aller Zeiten soweit wie möglich von der körperlichen Arbeit ausgenommen.

##### **3.1.1 Antike**

Dies setzte in der Antike aufgrund des bescheidenen technischen Niveaus allerdings zunächst voraus, daß sich Andere finden, die die erforderliche körperliche Arbeit freiwillig oder gezwungenermaßen leisten. Mit zunehmender Verfügbarkeit solcher Arbeitskräfte, v.a. Sklaven und andere Abhängige, kann man einen Wandel in der Einstellung zur Arbeit beobachten. Indem hierdurch eine Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit möglich war, wurde in der Folge die körperliche Arbeit immer geringer geachtet und möglichst den am unteren Ende der Gesellschaftspyramide angesiedelten Gruppen aufgebürdet. Die Diversifizierung der Arbeit machte es außerdem möglich, über die Abwertung der körperlichen Arbeit die

politischen Ausgrenzung ihrer Repräsentanten zu erreichen. Dies spiegelt sich auch in den überlieferten Beiträgen zur Behandlung der Arbeitenden wieder. Dort ist von sparsamer Ernährung, schonungsloser Ausbeutung und Arbeit bis an die physische Leistungsgrenze die Rede. Dies mit der Intention, jeden Versuch des Aufbegehrens gegen die „natürliche Ordnung“ im Keim zu ersticken.<sup>6</sup>

Unter dem Blickwinkel der Instrumentalisierung des Arbeitsbegriffs zur Absicherung von Herrschaft überrascht es auch nicht, daß das, was uns an Quellen überliefert ist, im wesentlichen die Position der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Oberschicht wiedergibt; für die namenlose Masse der Landarbeiter, Kleinbauern und Sklaven hat sich die Frage nach dem Wesen der Arbeit wohl bis weit in die Neuzeit hinein nicht gestellt; sie war einfach nur Mittel zum Überleben.

### **3.1.2 Mittelalter**

Im Mittelalter wurde die antike Zweiteilung der Arbeit überwunden. Der Arbeitsbegriff erfuhr eine Ausweitung derart, daß neben die körperliche als gleichwertige Komponente die mentale Arbeit trat. Arbeit war demnach also die Beschäftigung mit allen Dingen des praktischen Lebens. Als Gegenpart zur Arbeit existierte die Religion als Beschäftigung mit jenseitigen Dingen. Sie trat an die Stelle der *vita contemplativa* der griechischen Antike. War diese vor allem Selbstzweck, so zeichnete sich die Religion dadurch aus, daß an ihr alle Gesellschaftsmitglieder in der ihnen jeweils angemessen erscheinenden Art und Weise teilhaben konnten. Die verbindende Klammer der Religion war das gemeinsame Ziel, die Annäherung an Gott und insofern war die Kontemplation auch der *vita activa* des Mittelalters übergeordnet.

Aber auch im Mittelalter behielt die Arbeit ihren ambivalenten Charakter. Einerseits war sie nach wie vor mit Mühe verbunden und damit eher eine unangenehme Erscheinung; auf der anderen Seite waren aber gerade die Mühen der Arbeit die gerechte Strafe für den Sündenfall der Menschheit und indem der einzelne Mensch das ihm durch Stand und Herkunft zuge dachte Schicksal willig annahm, konnte er seine Gottgefälligkeit unter Beweis stellen. Die Gottgefälligkeit eines Lebens, das reich an Arbeit und

---

<sup>6</sup> Lenk/Rürup/Sandvoß (1985), S. 12 und die dort genannten Quellen.

Mühen ist, zieht sich seit damals durch die Denkgebäude der Christlichen Gesellschaft und findet sich beispielsweise bei LUTHER oder im „laborem exercens“ Papst Johannes Paul II aus dem Jahre 1981 wieder.

Nicht nur in der Gesellschaft als Ganzem, sondern auch in Teilen der bestimmenden gesellschaftlichen Eliten wurde der Arbeit ein durchaus eigener Sinngehalt beigemessen und sie wurde gleichrangig neben die Kontemplation gestellt. Dies kommt exemplarisch im Motto des 910 n. Chr. gegründeten Benediktinerordens, „ora et labora“, zum Ausdruck. Demnach nahm schwerer körperlicher Arbeit einen festen Platz im Leben aller Mitglieder des Ordens, ohne Rücksicht auf Rang oder geistiges Vermögen ein.

Eine gewisse Gegenströmung ging jedoch um die Wende zum ersten Jahrtausend von dem tief verwurzelten Glauben aus, daß das Reich Gottes unmittelbar bevorstünde. Die Menschen waren von einer Art Endzeitstimmung befallen; die materiellen Aspekte des Lebens verblaßten unter dem Eindruck der bevorstehenden Ereignisse. Vielfach wurde die Ansicht vertreten, daß sich das Trachten nach materiellen Werten nicht mehr lohne und daß man die verbleibende Zeit am besten durch Kontemplation in Vorbereitung auf das Reich Gottes zubringen solle. Die Arbeit degenerierte in den Denkgebäuden der damaligen Zeit zu einem „necessary part of nature“<sup>7</sup>.

### 3.1.3 Renaissance und Reformation

Wie wir heute wissen, erfüllten sich die großen Erwartungen der damaligen Menschen nicht, so daß über kurz oder lang das Paradigma von der Dominanz der jenseitigen Dinge wieder verblaßte. Im Zuge der Verstädterung gewann die Schicht der wohlhabenden Stadtbevölkerung, der Handwerker und vor allem der Kaufleute zunehmend an Einfluß. In ihrer Lebenswirklichkeit kam der Arbeit eine zentrale Rolle zu. Sie waren, anders als der Adel, nicht von Geburt über die übrige Bevölkerung gestellt, sondern erlangten ihre sozial herausragende Stellung durch eigene Geschicklichkeit und Fleiß. Deshalb nahm die Arbeit im Leben dieser neuen aufstrebenden Schicht auch im „geistigen Überbau“ eine zentrale Rolle ein. Während sich mit der Renaissance das geistige Leben aus den engen

---

<sup>7</sup> Thomas v. Aquin, \*1225, †1274.

Grenzen der Religion befreite und den Menschen und das Diesseits wieder ins Zentrum stellte, kam es auf der anderen Seite durch die Reformation zu einer Aussöhnung der Religion mit der Lebenswirklichkeit der neuen Träger des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts. Es kam zu einer Überhöhung der Arbeit als Dienst an Gott, als Mittel sittlicher Selbstbestätigung. In CALVIN findet diese Sichtweise ihren exponiertesten Vertreter. Arbeit war für ihn Lebensinhalt und nicht mehr nur Mittel zum Zweck; sie garantierte die *certitudo salutatis*, die Heilsgewißheit. Damit waren Arbeitsamkeit und Fleiß gottgefällige Tugenden und wirtschaftlicher Erfolg der sichtbare Gnadenbeweis Gottes. Es kam also mithin zu einer Umkehrung der bisher üblichen Rangfolge, von *vita contemplativa* und *vita activa*.

Während im Mittelalter, zumindest der Theorie nach, alle Abhängigkeitsbeziehungen beide Seiten in die Pflicht nahmen, indem diejenige Partei, welche sich in Abhängigkeit begab, als Gegenleistung für die von ihr erbrachte Arbeitsleistung Schutz der eigenen Person einfordern konnte, wurde durch die Erhebung der Gewinnerzielung zur religiösen Tugend die ethische Rechtfertigung für die Ausbeutung anderer gegeben. In deren wirtschaftlicher Mißerfolg kam ja schließlich zum Ausdruck daß sie nicht in der Gnade Gottes standen. Dies traf natürlich wiederum im besonderen die Masse der Abhängigen.

### **3.1.4 Absolutismus**

Im Merkantilismus, der Wirtschaftsform des Absolutismus, brachte der Manufakturbetrieb die Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz sowie die arbeitsteilige Produktion mit sich. Die Arbeit in den Manufakturen ermöglichte trotz langer Arbeitszeiten aufgrund extrem niedriger Löhne i.a. nur ein Leben am Rande des Existenzminimums. Einerseits wurde dies ökonomisch durch die merkantilistische Theorie von der Produktivität niedriger Löhne gestützt, andererseits wurde ethisch argumentiert, daß ein „Knapphalten“ die einfache Bevölkerung vor Müßiggang und Laster bewahre.

Generell kann festgehalten werden, daß die wirtschaftliche Situation der „einfachen“ Leute ein stetiges Auf und Ab im Rhythmus der Bevölkerungsentwicklung war. In Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs nach

Kriegen oder Seuchen, welche das Arbeitskräftepotential erheblich dezimiert hatten, verbesserten sich die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung, jedoch nur, um mit zunehmender Erholung der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials wieder zunichte gemacht zu werden.

### 3.1.5 Industrielle Revolution

Dieser Zustand blieb im wesentlichen bis in die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert hinein erhalten, ja er verschlechterte sich sogar in dem Maße, wie die zunehmende Nutzung des elektrischen Lichtes den Tag als natürliche Spanne der Arbeitszeit außer Kraft setzte. Für die in der Industrie Beschäftigten betrug die Arbeitszeit

um 1800	10-12 Stunden,
um 1820	11-14 Stunden und
1830-1860	14-16 Stunden. <sup>8</sup>

Mit Fortschreiten der Industrialisierung konnte menschliche Arbeitskraft als Produktionsfaktor zunehmend durch Kapital in Form von Produktionsanlagen und Maschinen ersetzt werden. Hiermit einher ging eine grundlegende Änderung der Determinanten des Produktionsergebnisses. War dieses früher nur durch menschliche Mehrarbeit zu steigern, so eröffnete sich jetzt erstmals in großem Ausmaß die Chance, Produktivitätsfortschritte durch die Veränderung von Produktionsprozessen zu erzielen. Die körperliche Arbeit blieb zwar weiterhin ein wichtiger Produktionsfaktor, doch konnte man ihre Effizienz nun durch die Kombination mit anderen Produktionsmitteln erheblich steigern. Neu bei dieser Entwicklung war die Erkenntnis, daß sich das Produktionsergebnis nun auch durch Reduzierung der Arbeitszeiten verbessern ließ. So äußerte sich in England um 1890 ein Fabrikdirektor, der gleichzeitig Abgeordneter war, nachdem in einer Reihe von Betrieben der Acht-Stunden-Tag eingeführt wurde, wie folgt: „So widersinnig es scheinen mag, ich erziele weitaus mehr Arbeit als früher; ich bin tatsächlich überrascht, wie die Arbeit vorangeht, da ich, wie so viele andere Unternehmer, geglaubt habe, es würde eine entsprechende Abnahme des Ergebnisses eintreten.“

Auf der anderen Seite bedeutete dies, daß Arbeit nun nicht mehr gleich Arbeit war. Durch die zunehmende Kombination mit Technologie wurde

---

<sup>8</sup> Lenk/Rürup/Sandvoß (1985), S. 19.

eine weitere Dimension menschlicher Arbeit, Qualifikation und Spezialisierung, immer bedeutender. Arbeiter waren nun nicht mehr ohne Weiteres durch jede x-beliebige andere Arbeitskraft ersetzbar; dies verursachte den Fabrikbesitzern Kosten der Einarbeitung und des Anlernens. In dem Maße, wie diese Kosten merklich wurden und damit in das unternehmerische Blickfeld traten, verbesserte sich die Verhandlungsposition der Industriearbeiter, deren Konzentration in den industriellen Ballungsräumen nun eine „kritische Masse“ erreicht hatten und die sich inzwischen auch in der Arbeiterbewegung gesammelt und organisiert hatten. Es eröffnete sich der Raum für ein selbstgestaltetes Leben jenseits der Arbeitszeit; die Freizeit im modernen Sinn begann sich langsam aber stetig zu entwickeln und die Geschichte der Arbeit wird zugleich auch eine Geschichte der Freizeit.

### **3.1.6 Gründerzeit und Weimarer Republik**

Im deutschen Reich begann sich dieser Prozeß ganz unauffällig zu entwickeln: Im Jahr 1892 trat die Novelle zur Reichsgewerbeordnung von 1891 in Kraft und mit ihr ein grundsätzliches Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit. Zwar waren so viele Ausnahmen zugelassen, daß um die Jahrhundertwende in Preußen immer noch ca. 42% der Arbeiter Sonntagsarbeit verrichteten, doch spiegelt sich in dieser Verordnung ein allgemeiner Trend wider. Betrug die Wochenarbeitszeit eines Industriearbeiters 1850 noch durchschnittlich 85 Wochenstunden, so war sie bis zur Jahrhundertwende auf 66 Wochenstunden zurückgegangen.<sup>9</sup>

Die Forderungen der Arbeiter gingen jedoch verständlicherweise weiter. So hatten englische Arbeiter schon früh die mit der Parole „eight hours work, eight hours sleep, eight hours play“ den Acht-Stunden-Tag gefordert. Als kleine Randnotiz sei bemerkt, daß die Freizeit in dieser Aufzählung noch an letzter Stelle steht.

Die kritischen Stimmen, die sich gegen eine weitere Arbeitszeitverkürzung erhoben argumentierten im Prinzip nicht anders als zur Zeit des Merkantilismus; so befürchtete Kaiser Wilhelm II als Folgen der Einführung des Acht-Stunden-Tages bei Ausschluß der Frauenarbeit und Verbot von Kinderarbeit bis zum 14. Lebensjahr, daß

---

<sup>9</sup> Giesecke, H. (1985), Die sanfte Kulturrevolution, von der Arbeits- zur Freizeitgesellschaft, Politisches Feature des NDR v. 27.11.1985, S. 2f.

- der erwachsene Arbeiter seine freie Zeit im Wirtshaus zubringt und mehr als bisher an agitatorischen Versammlungen teilnimmt, mehr Geld ausgibt und trotz der geringeren Arbeitszeit dennoch nicht zufrieden ist,
- der Wegfall des Beitrags von mitarbeitenden Frauen und Kindern zum Familienbudget zur finanziellen und moralischen Zerrüttung der Institution Familie führt und
- sich die Halbwüchsigen außerhalb des Hauses herumtreiben und sittlich verwahrlosen und verwildern.<sup>10</sup>

Wenn sich auch die Argumente seit Jahrhunderten wiederholten, so hatte sich der Kontext inzwischen grundlegend verändert. Die Arbeiter und ihre Organisationen waren zu einer politischen und gesellschaftlichen Kraft geworden, die von den Herrschenden und Besitzenden nicht mehr ohne weiteres ignoriert werden konnte. Entsprechend waren Möglichkeiten gesucht, dieses Potential in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren, da andernfalls befürchtet werden mußte, daß die Gesellschaft an sich verschärfenden Klassengegensätzen zugrunde gehen würde, die „soziale Frage“ war geboren.

In der Folge wurde die Freizeit als derjenige Teil des menschlichen Lebens, über den vom einzelnen frei disponiert werden konnte, zum Gegenstand allgemeinen Interesses. Keinesfalls sollten die Menschen sich selbst überlassen werden, wobei diesem Anliegen unterschiedliche Motivationen zugrunde lagen.

- Einerseits war dies das erzieherische Anliegen, die Menschen vor moralischen und sittlichen „Verirrungen“ sowie vor politischer Radikalität, gemeint waren Sozialismus und Sozialdemokratie, zu bewahren. Hier war das Aktionsfeld der christlichen und bürgerlichen Organisationen abgesteckt.
- Zum anderen wurde die Freizeit als Markt für kommerzielle Interessen entdeckt. Es entstanden die Grundlagen der modernen Freizeitindustrie.

Während die Zielrichtung der Freizeitindustrie eindeutig ist, gab es für die erzieherischen Interessen zwei Optionen. Es war möglich diejenigen Din-

---

<sup>10</sup> Giesecke, H. (1985), S. 5.



ge aufzugreifen und zu kanalisieren, mit denen die Menschen ihre Freizeit von sich aus gestalteten. Auf der anderen Seite steht die Freizeitpädagogik, d.h. der Versuch, den Menschen diejenigen Dinge nahezubringen, die sich von sich aus nicht tun, die jedoch als erstrebenswert angesehen werden. In der einen oder anderen Ausprägung wurde das Freizeitangebot auch zum Vehikel politischer Einflußnahme, da früh erkannt wurde, daß der Weg zur politischen und gesellschaftlichen Meinungsführerschaft über die Freizeit der Menschen führte. Auf der anderen Seite sah sich der Staat gezwungen, den Jugendschutz, der bislang dem Schutz der Arbeitskraft von Kindern und Jugendlichen vor Ausbeutung diente um die Regulierung des Zugangs zu Freizeitangeboten zu erweitern

Auf Unternehmenseite entwickelte sich der Prototyp des Patriarchen oder Patrons, der sich über Arbeitsbeziehung hinaus für „seine“ Arbeiter verantwortlich fühlte. Es entstanden, beispielsweise im Ruhrgebiet, die großen Betriebsiedlungen, wo Arbeiter günstigen und ordentlichen Wohnraum finden konnten, Betriebskindergärten, Werksbibliotheken und Werksverkäufe waren andere Angebote, auch betriebliche Vereinbarungen zu Arbeitszeit und Urlaub, welche über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinausgingen, zählten hierzu. Ziel dieser Maßnahmen war die Sicherung des sozialen Friedens in den Unternehmen und in ihrem unmittelbaren Umfeld. Die Arbeiter sollten an ihr Unternehmen gebunden werden und die Unternehmer behielten weiterhin die Kontrolle darüber, in wie weit sie ihre Arbeitskräfte am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben lassen wollten. Im Jahr 1920 hatten fast alle Arbeiter und Angestellten einen tarifvertraglich geregelten Urlaub von drei bis vierzehn Tagen.<sup>11</sup> In diesen Zeitraum fallen auch die ersten Stimmen, welche die zunehmenden Individualisierungstendenzen innerhalb der Gesellschaft beklagen. So eine Quelle aus dem Jahr 1933: „Vorherrschend ist die Einzelbeschäftigung. Es fehlt im Vergleich zum vorigen Jahrhundert am äußeren Zwang zur Gemeinsamkeit, weil die Menschen durch den Fortschritt der Technik nicht mehr auf den gemeinsamen Wohnraum und das eine Licht und nicht mehr in dem Maße wie früher auf gegenseitige Unterhaltung und Anregung angewiesen sind. Das innere Bedürfnis nach Gemeinsam-

---

<sup>11</sup> Giesecke, H. (1985), S. 13.

keit läßt nach durch die sich immer stärker differenzierenden Interessen der einzelnen Familienmitglieder ... „<sup>12</sup>; ein Prozeß, der bis in die Gegenwart anhält und inzwischen auch das Arbeitsleben in weiten Bereichen<sup>13</sup> ergriffen hat. Die Arbeitszeit hatte sich bis in die Dreißiger Jahre im Vergleich mit den Siebziger-Jahren des vorigen Jahrhunderts von ca. 72 Wochenstunden auf ca. 42 Wochenstunden reduziert.

### 3.1.7 Nationalsozialismus

Im Nationalsozialismus kam es entsprechend der herrschenden Staatsideologie zu einer massiven Zurückdrängung individualistischer Tendenzen. Das Arbeits- und das Freizeitverhalten wurde, wie alle anderen Bereiche auch, weitestgehend unter staatliche Kontrolle gestellt.

Im Zuge der „Gleichschaltung“ wurde auch die Arbeitsverfassung insgesamt unter staatliche Verfügung gestellt. Das bipolare Betriebsverfassungsmodell wurde durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.01.1934 ersetzt. Die Gewerkschaften wurden verboten und ihr Vermögen zugunsten der neugegründeten „Deutschen Arbeitsfront“, DAF, eingezogen, der alle Arbeitnehmer, aber auch die Arbeitgeber angehörten. Tarifverträge konnten so nicht mehr ausgehandelt, und erst recht keine Arbeitskämpfe mehr geführt werden. An die Stelle des Tariflohnprinzips trat ein Amtslohnprinzip<sup>14</sup>, in dem ein „Treuhandler der Arbeit“ die Tarife als Rechtsverordnungen erließ.<sup>15</sup> Innerbetrieblich wurde das Konstrukt der „Betriebsgemeinschaft“ geschaffen, innerhalb derer das Führerprinzip galt. Die Betriebsräte wurden durch sogenannte „Vertrauensräte“ ersetzt und auf das Führerprinzip ausgerichtet; den Vorsitz hatte der „Betriebsführer“. Veränderungen unterblieben lediglich im Bereich des Arbeitsvertragsrechts und der Arbeitsgerichtsbarkeit.<sup>16</sup>

---

<sup>12</sup> zit. nach Giesecke, H. (1985), S. 12.

<sup>13</sup> Bildschirmarbeit, Heimarbeit in Form von Telearbeit, abnehmender Organisiertheitsgrad der Arbeitnehmergruppen, aber auch der Arbeitgeber.

<sup>14</sup> Aufhauser, R./Bobke, M. H./Warga, N. (1992), Einführung in das Arbeits- und Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S. 23.

<sup>15</sup> Lenk, T./Sandvoß, J./Rürup, B. (1985), S. 37f.

<sup>16</sup> Aufhauser, R./Bobke, M. H./Warga, N. (1992), S. 23.

Diese Regelungen galten allerdings nur für die Mitglieder der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“; alle diejenigen, welche die Ideologie der Nationalsozialisten aus dieser Gemeinschaft ausgrenzte, wurden einem Sonderarbeitsrecht unterworfen, und somit der hemmungslosen Ausbeutung ausgesetzt. Auch die Verhängung von Berufsverbot und damit die Aberkennung eines grundsätzlichen Rechts auf Arbeit, zählte zum Repressionsinstrumentarium das gegen diejenigen zum Einsatz kam, welche sich nicht in die nationalsozialistische Ideologie einfügten.

Für die Frauen, welche in Arbeiterhaushalten traditionell zum Lebensunterhalt beitrugen, sah die nationalsozialistische Gedankenwelt im Prinzip keinen Platz im Arbeitsleben vor, sie sollten sich vielmehr um den häuslichen Bereich und die Kindererziehung kümmern. Die Realität sah, zumindest mit zunehmender Dauer der Kriegswirtschaft, jedoch anders aus. Frauen wurden in immer größerem Maße zum tragenden Element der Industrie, da auch die Lücken, welche der Kriegsdienst der Männer in den Betrieben hinterließ aufgefüllt werden mußten.

### **3.1.8 Entwicklung nach 1945**

#### ***3.1.8.1 Nationale Entwicklungen***

##### 3.1.8.1.1 Staat und Arbeit: die Arbeitsgesetzgebung

In Deutschland wurde zunächst durch die Militärregierungen und den alliierten Kontrollrat sowie später durch die Landesregierungen eine Fülle von Einzelgesetzen und -verordnungen erlassen (so z.B. das Betriebsrätegesetz von 1946, welches das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit von 1934 ablöste)<sup>17</sup>. Diese knüpften im kollektiven Arbeitsrecht an den Regelungen der Weimarer Zeit angeknüpft. Gewerkschaften wurden wieder zugelassen, Tarifverträge wurden neu verhandelt und Betriebsräte neu gewählt. Nach Gründung der DDR kam es zu einem Auseinanderfallen der Entwicklung in beiden deutschen Teilstaaten. In der Bundesrepublik konnte der Bund aufgrund der im Grundgesetz festgeschriebenen kon-

---

<sup>17</sup> Aufhauser, R./Bobke, M. H./Warga, N. (1992), S. 23.

kurrierenden Gesetzgebung nach 1949 das stark partikularisierte Arbeitsrecht vereinheitlichen.

So erlangte das zunächst für die Bizone erlassene Tarifvertragsgesetz 1953 bundesweit Gültigkeit.

In modifizierter Form wurde eine Reihe von Schutzgesetzen wieder eingeführt:

- Mutterschutzgesetz (1952)
- Schwerbehindertengesetz
- Heimarbeitergesetz
- Jugendarbeitsschutzgesetz (1960)

Neu erlassen wurden

- 1951 das Kündigungsschutzgesetz
- 1952 das Betriebsverfassungsgesetz
- 1953 die Neufassung der Gewerbeordnung
- 1953 das Arbeitsgerichtsgesetz
- 1963 das Bundesurlaubsgesetz, und die Unfallversicherungsneuregelung
- 1972 das neue Betriebsverfassungsgesetz
- 1973 das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit
- 1976 das Mitbestimmungsgesetz und die Arbeitsstättenverordnung.

Das Arbeitsförderungsgesetz von 1969 wird interessanterweise zur Sozialgesetzgebung und nicht zum Arbeitsrecht gezählt.

All diese Gesetze dienen im wesentlichen der Stärkung der Position der Arbeitnehmer, indem bundeseinheitliche Mindeststandards für Arbeitstätigkeit, Arbeitsverhältnisse und Rechtswege für deren Durchsetzung festgelegt wurden.

Darüber hinaus wurden auch die Stellung der Arbeitnehmer im Betrieb im Rahmen der Mitbestimmung gestärkt. Dieses, ursprünglich nur im Bereich der Montanindustrie gültige Instrument wurde mit dem Betriebsverfassungsgesetz auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt und durch das Mitbestimmungsgesetz erweitert.

Ist das Arbeitsförderungsgesetz als Reflex auf die erste Krise in Deutschland 1967/68 zu sehen, so gilt dasselbe für das 1985 erlassene Beschäf-

tigungsförderungsgesetz, welches eine Reaktion auf den Wirtschaftseinbruch zu Beginn der Achziger Jahre darstellt. Allerdings markiert das Beschäftigungsförderungsgesetz eine wichtige Zäsur in der Arbeitsgesetzgebung. In der Stoßrichtung des Beschäftigungsförderungsgesetz kommt der im Zuge des Wechsels von der sozialliberalen zur christlich-liberalen Koalition stattgefunden Wechsels in der Konzeption der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck. Während das Arbeitsförderungsgesetz mit Qualifizierungs- und Wiedereingliederungshilfen auf der Seite der Arbeitslosen ansetzt, geht es im Beschäftigungsförderungsgesetz vor allem um die Flexibilisierung des Arbeitsangebots. So werden insbesondere befristete- und Teilzeitarbeitsverhältnisse erleichtert. Auch Fristen für die leihweise Überlassung von Arbeitnehmern werden verlängert. Während die einen in diesem Gesetz einen längst notwendigen Schritt zum Abbau sozialpolitischen Wildwuchses sehen, ist dies für die anderen der Anfang vom Ende des Sozialstaats und der Weg in eine Zwei-Klassen-Arbeitsgesellschaft.

### 3.1.8.1.2 Die Tarifparteien

Obwohl die zunehmende Reduzierung der Arbeitszeit bei steigenden Realeinkommen, welche sich durch die gesamte Nachkriegsgeschichte zieht, nicht ohne Reibungen vor sich ging (z.B. bei der Einführung des arbeitsfreien Samstags), schien diese Entwicklung zumindest in den sozialen Marktwirtschaften Europas lange Zeit ein konsensfähiges Modell zu sein. Alimentiert wurde dieser Prozeß durch die komfortablen Verteilungsspielräume, welche die Entwicklung der Weltwirtschaft den Industrienationen bis Mitte der siebziger Jahre ermöglichte. Obwohl sich das Wachstum in den Industrienationen wie auch der Weltwirtschaft allgemein in der Folge deutlich verlangsamt hat, wurde der beschriebene gesellschaftliche Konsens bis Mitte der Achtziger-Jahre im wesentlichen aufrechterhalten. Die mit der Wiedervereinigung einhergehende Sonderkonjunktur verschaffte der deutschen Wirtschaft nochmals eine Atempause und milderte die vorhandenen Strukturprobleme, die dann 1993/94 jedoch umso stärker zu Tage traten. Der Preis den die deutsche Gesellschaft für ihr Modell bezahlt wird immer höher und besteht in erster Linie in einem immer stärker wachsenden Bodensatz an Arbeitslosigkeit. Forderungen der Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich oder das Angebot von Verzicht auf Lohnzuwachsprozente im Austausch gegen neue Arbeitsplätze muten aus heutiger Sicht realitätsfern an; dennoch war dies der Stand zu Beginn der Achtziger Jahre. Bei ihren Rückzugsgefechten gelingt es der Arbeitnehmerseite inzwischen höchstens noch die Sicherung des momentanen Beschäftigungsniveaus bzw. den Verzicht auf Stellenabbau zu erkaufen und die Verlängerung individueller

Arbeitszeiten über die Einführung von Karenztagen oder die Ausdehnung der tariflichen Wochenarbeitszeit zu verhindern. Doch werden hierfür längst nicht mehr nur Lohnprozente aufgegeben sondern auch weitergehende Einschnitte in die „sozialen Besitzstände“ hingenommen.

Dies liegt daran, daß die Gewerkschaften nur ein Tauschobjekt zu bieten haben, das inzwischen woanders zu günstigeren Konditionen auch zu haben ist und von den Konkurrenten der Arbeitgeber, die ihnen in den Tarifverhandlungen gegenüber sitzen auch gerne genutzt wird. Auf diese Weise können nur die produktivsten Arbeitsplätze erhalten werden. Die deutsche Volkswirtschaft wird immer effizienter und benötigt immer weniger Arbeitskräfte zur Realisierung eines immer größeren Güterangebots. Allerdings sieht der soziale Konsens in Deutschland auch vor, diejenigen, welche bei der allgemeinen Jagd nach Wohlstand schlechte Startchancen haben oder dem Tempo nicht gewachsen sind, angemessen zu beteiligen, was bei der gegenwärtigen Entwicklung zu immer höheren Sozialausgaben führt. Diese werden aber zu einem Großteil über Abgaben auf Arbeitseinkommen finanziert, so daß der Druck auf die Arbeitskosten stetig zunimmt und sich der Kreis schließt.

Darüber hinaus haben die Gewerkschaften einen stetigen Mitgliederschwund zu verzeichnen. So daß auch eine Partikularisierung bzw. Individualisierung innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmer zu konstatieren ist.

Abb. 3-1: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad (geworgr.xls)

Dies wird jedoch erst auf den zweiten Blick deutlich, wenn man nämlich die Mitgliederzahlen ins Verhältnis zu den abhängigen Erwerbspersonen setzt. Dann stellt man fest, daß seit 1960 der Organisationsgrad um 10% zurückgegangen ist. Dieser Trend zeichnet sich bei den Angestelltengewerkschaften (DAG) deutlicher ab als bei den Gewerkschaften, die eher Arbeiter vertreten (DGB). Eine Erklärung für diesen Trend kann die zunehmende Ausdifferenzierung der Berufe und Tätigkeiten bieten. Während sich die Arbeiterbewegung in der klassischen Phase (ca. 1886-1914)<sup>18</sup> auf das Leistungsbewußtsein und die Veränderungsansprüche relativ homogener Facharbeitergruppen mit homogenen Reproduktionsinteressen und privaten Lebensbedingungen stützen konnte und weil diese Homogenität nicht nur im Arbeitsleben sondern im privaten Lebensbereich, dem sozialen Milieu über regelrechte Geflechte von Vereinen und informellen Netzen verankert war, ging mit fortschreitender Entwicklung diese kollektive Identität zunehmend verloren. Zunächst kam es durch die zunehmende Freizeit zu einer Trennung von kollektiv organisierter Arbeitswelt und individualistisch organisierter privater Lebenswelt. Mit zunehmendem materiellem Wohlstand differenzierte sich der Freizeitbereich immer mehr gemäß den Neigungen und Interessen der Einzelnen. Diese Individualisierung griff mit zunehmendem technischen Fortschritt auch auf das Erwerbsleben über, indem sich die Berufsbilder immer mehr ausdifferenzierten und somit die vormals klar umrissenen und gegeneinander abgrenzbaren Arbeitnehmerschichten in eine heterogene Menge von hochspezialisier-

---

<sup>18</sup> Brock, D. (1994), Über die Individualisierung der kulturellen Grundlagen der Arbeit in: Beckenbach, N./Treeck, W. van (Hrsg), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Göttingen 1994, S. 265.



ten Individualisten zerfiel. Auch ließen der zunehmende Ausbau des Sozialstaats und die Erfolge der Gewerkschaften das Interesse an einer Verbesserung der kollektiven Rahmenbedingungen der Arbeit schwinden. Durch den Ausbau der „Expertenkultur“ im Arbeitsleben wurde eine andere Erfahrung prägend; nämlich die zunehmende Chance der individuellen Einflußnahme auf die eigene Arbeit und ihr Umfeld.<sup>19</sup>

Diese Entwicklung spiegelt sich dann auch in der Abwanderung von den Gewerkschaften wieder, mit der Folge, daß die Gewerkschaften immer weniger Arbeitnehmer repräsentieren und daß der bipolare Arbeitsverfassung bei anhaltendem Trend über kurz oder lang ein Legitimationsproblem ihrer Akteure erwächst. Denn auch die andere Tarifvertragspartei, die Arbeitgeberverbände sind von Auflösungserscheinungen bedroht. Immer mehr Unternehmen sehen sich nicht mehr im Stande die ausgehandelten Flächentarifverträge umzusetzen und suchen ihr Heil in Haustarifen und Sondervereinbarungen.

---

<sup>19</sup> Brock, D. 1994), S. 265f.

### 3.1.8.1.3 Freizeitgesellschaft und Arbeit

Welche Tendenzen lassen sich nun bezüglich des Verhältnisses der einzelnen Arbeitnehmer zu ihren ganz persönlichen Arbeits- und Freizeitwelten festhalten?

Eine Individualisierungs- bzw. Fragmentierungstendenz wurde bereits als Erklärungsmuster für die Entwicklung der Rolle der Gewerkschaften festgestellt. Darüber hinaus wird von vielen Kommentatoren der Arbeitswelt eine zunehmende Freizeitorientierung und der Verfall von Werten wie Arbeitsdisziplin und Leistungsbereitschaft konstatiert. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das Wort vom „kollektiven Freizeitpark Deutschland“, welches Kanzler Kohl im Jahr 1993 geprägt hat. So bequem diese Erklärung auch sein mag, ist ein kritisches Hinterfragen dennoch angebracht. Denn wenn man die Ergebnisse einschlägiger Umfragen heranzieht so zeigt sich doch ein anderes Bild:

Tab. 3-1: Ein Leben ohne Arbeit?

Immerhin antworten annähernd zwei Drittel der Befragten im Jahr 1990, daß sie sich ein Leben ohne Arbeit nicht vorstellen können; ein Wert, der sich nach einem gegenläufigen Trend in den Siebziger- und Achziger-Jahren in der Tendenz der Situation in den Fünfziger-Jahren wieder annähert. Dies spricht dafür, daß die individuelle Wertschätzung der Arbeit umso höher ausfällt je eher Arbeit ein knappes Gut darstellt und zwar unabhängig vom relativen Komfort, den das soziale Netz gewährt.

Wenn man dies etwas weiter differenziert und alternative Bündel aus Arbeit und Freizeit anbietet, so ergibt sich das folgende Bild:

Tab. 3-2: Vorstellungen zu Arbeitszeit und Entlohnung

Offensichtlich scheint das Hauptanliegen die Lohnhöhe zu sein. Läßt sich dies für die neuen Länder noch aus dem geringeren Lohnniveau und einem nach wie vor vorhandenen Nachholbedarf erklären, so ist doch einigermaßen verblüffend, daß derselbe Sachverhalt auch auf die alten Länder zutrifft. Auffallend an diesem Umfrageergebnis ist das Maß an Entsolidarisierung mit den Arbeitslosen (1994 immerhin 3.698.000 Menschen, was einer Quote von 9,6% entspricht). Offensichtlich scheinen in der Einschätzung der Befragten zu überwiegen, daß die Arbeitseinkommen nicht für die Deckung der finanziellen Mittel auszureichen, welche für die allgemeine Lebenshaltung aber auch für die Freizeitgestaltung für erforderlich gehalten werden, so daß sich auch hierin zeigt, daß die Endlichkeit der individuellen Bedürfnisse im Sinne von KEYNES entweder nicht existiert oder aber erst weit jenseits derjenigen Schwelle erreicht wird, die KEYNES als relevant erachtete.

Darüber hinaus hat Arbeit und Arbeitszufriedenheit aber auch immer mit dem sozialem Status zu tun den die Arbeit gewährt, wie die nachfolgend dokumentierte Umfrage zeigt:

Tab. 3-3: Wertschätzung von Arbeit und Freizeit nach Status im Beruf

Auffällig ist außerdem die hohe Arbeitszufriedenheit der Beamten, was darauf hindeutet, daß diese eng mit der Sicherheit und Berechenbarkeit des individuellen Arbeitsverhältnisses zusammenhängt.

Zwar stammt die zitierte Umfrage aus dem Jahr 1975, dennoch läßt sich für heute ein ähnliches Ergebnis erwarten, auch wenn die Korrelation von Qualifikation und (formaler) Stellung im Beruf heute bestimmt nicht mehr so ausgeprägt ist, wie vor zwanzig Jahren.

Insgesamt läßt sich festhalten, daß Deutschland nach wie vor über ein hoch motiviertes und hoch qualifiziertes Arbeitskräftepotential verfügt. Ein weiteres Argument das hierfür spricht ist, daß in Deutschland entgegen der Implikationen beim internationalen Vergleich von Lohnkosten die Lohnkosten nicht konkurrenzlos hoch sind; ein Sachverhalt, der insbesondere vom Arbeitgeberlager und von liberalen politischen Kreisen gerne zitiert wird. Lohnkosten an sich sagen nichts aus, wenn sie nicht zur Produktivität ins Verhältnis gesetzt werden. Ein Maß, das dieses berücksichtigt und einer relevanten Einschätzung der Arbeitskosten näher kommt sind die Lohnstückkosten und bei deren Zugrundelegung kann festgehalten werden, daß Deutschland fast regelmäßig niedrigere Zuwachsraten verzeichnet als der Durchschnitt seine Konkurrenten.<sup>20</sup> Vergleicht man die Entwicklung der Lohnstückkosten mit der Entwicklung der Stückgewinne, so hat sich die Position der Unternehmer hierzulande erheblich verbessert, und es kann festgehalten werden, daß sich die Arbeitgeber durchaus ihren Anteil an der Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer aneignen konnten.

Tab. 3-4: Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern Veränderung (in v.H. gegenüber Vorjahr)

Laender	Bruttoeinkommen aus								
	Unternehmertaetigkeit und Vermoegen			unselbstaendiger Arbeit			Stueckgewinn (1)		
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998
in Landeswaehrung									
Deutschland	3,6	7,0	8,0	1,1	0,5	1,0	2,2	5,5	6,0
Frankreich	1,0	6,5	8,5	3,0	3,0	3,0	-0,4	4,5	5,5
Grossbritannien	8,3	11,0	7,0	4,5	3,5	4,0	6,0	8,0	5,0
Italien	5,9	5,0	7,0	5,6	4,0	3,5	5,1	4,0	4,5
Spanien	5,6	9,0	9,0	5,5	4,5	4,5	3,4	6,0	6,0
Niederlande	4,2	8,5	8,5	3,5	3,5	4,0	1,4	5,5	5,5
Belgien	3,7	6,5	6,5	3,5	3,5	3,5	2,2	4,0	4,0
Schweden	-3,2	8,0	10,0	4,0	4,0	4,0	-4,3	6,0	7,5
Oesterreich	6,6	9,0	9,0	2,5	2,5	2,5	5,5	7,0	6,0
Daenemark	5,2	9,5	10,5	4,3	4,5	4,5	2,7	6,0	7,5
Finnland	3,5	6,0	7,0	4,6	3,0	3,5	0,2	2,5	4,0
Portugal	8,0	7,5	8,0	5,5	5,0	4,5	5,4	4,5	5,0
Griechenland	12,9	10,5	11,0	7,5	7,0	6,0	10,0	7,5	8,0
Irland	9,8	11,5	9,5	6,0	5,5	6,0	3,1	4,0	3,0
EU (3)	4,7	7,5	8,0	3,2	2,7	2,9	2,5	5,4	5,4
EU ohne									
Deutschland (3)	5,0	7,7	8,0	4,2	3,6	3,7	2,6	5,3	5,2
Schweiz	3,5	4,0	4,5	1,0	1,0	1,5	4,2	3,0	3,0
Norwegen	17,2	7,5	7,5	5,0	4,5	4,5	11,8	4,0	4,0
Europ. Industrie-									
laender (3)	4,8	7,4	7,9	3,2	2,6	2,8	2,7	5,2	5,3
Europ. Industriel. ohne									
Deutschland (3)	5,2	7,5	7,9	4,0	3,5	3,6	2,9	5,2	5,1
USA	7,6	4,0	4,0	5,3	6,0	5,0	5,1	0,5	2,0
Kanada	1,6	14,0	11,0	2,8	4,5	5,5	0,1	10,0	6,5
Japan	10,6	2,5	5,5	2,0	2,5	3,0	6,8	0,5	3,0
Aussereuropaeische									
Industriel. (3)	8,5	3,9	4,9	3,9	4,6	4,2	4,9	2,0	3,1
Insgesamt (3)	6,8	5,5	6,2	3,6	3,8	3,7	3,5	4,1	4,5
Insgesamt ohne									
Deutschland (3)	7,2	5,3	6,0	3,9	4,2	4,0	3,8	3,8	4,2

(1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertaetigkeit und Vermoegen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts.

(3) Gewichte 1995 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1995 (Jahresdurchschnitt). Fuer 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie - mit Ausnahme der USA - der Berechnung der SZR zugrunde liegen.  
 "Quellen: OECD Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schaetzungen des DIW. Geschaetzte und prognostizierte Veraenderungsraten gerundet.

-----  
 Quelle: DIW Wochenbericht 27/97.

Tab. 3-5: Lohnstückkosten (2)

Laender	in SZR				
	1996	1997	1998	1996	1997
Deutschland	-0,3	-1,0	-1,0	-0,8	-7,5
Frankreich	1,5	1,0	0,5	3,5	-4,8
Grossbritannien	2,3	1,0	2,0	5,7	9,5
Italien	4,9	3,0	1,5	15,7	-1,1
Spanien	3,3	1,5	1,5	6,3	-5,9
Niederlande	0,7	0,5	1,0	0,2	-6,5
Belgien	2,0	1,0	1,0	1,5	-5,9
Schweden	2,9	2,0	1,5	14,4	-5,9
Oesterreich	1,5	0,5	0,0	1,0	-6,2
Daenemark	1,8	1,5	1,5	2,8	-4,3
Finnland	1,3	-0,5	0,5	0,6	-5,1
Portugal	2,9	2,0	1,5	5,3	-2,8
Griechenland	4,8	4,0	3,0	5,4	-1,2
Irland	-0,5	-1,5	-0,5	3,7	1,5
EU (3)	1,6	0,7	0,6	4,0	-3,6
EU ohne					
Deutschland (3)	2,3	1,2	1,1	5,7	-2,2
Schweiz	1,7	0,0	0,0	1,7	-11,1
Norwegen	0,2	1,0	1,5	2,8	3,6
Europ. Industrie-					
laender (3)	1,6	0,7	0,6	3,9	-3,7
Europ. Industriel. ohne					
Deutschland (3)	2,2	1,2	1,1	5,4	-2,5
USA	2,8	2,5	3,0	7,4	8,0
Kanada	1,3	0,5	1,5	6,6	5,2
Japan	-1,5	0,5	0,5	-11,1	-6,1
Aussereuropaeische					
Industriel. (3)	1,0	1,5	1,9	0,6	2,4
Insgesamt (3)	1,4	0,9	1,0	2,7	-1,5
Insgesamt ohne					
Deutschland (3)	1,7	1,3	1,4	3,3	-0,4

-----  
 (2) Bruttoeinkommen aus unselbstaendiger Arbeit je Einheit des realen

Bruttoinlandsprodukts.

(3) Gewichte 1995 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1995

(Jahresdurchschnitt). Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie  
- mit Ausnahme der USA - der Berechnung der SZR zugrunde liegen.

"Quellen: OECD Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen;  
Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte  
Veränderungsraten gerundet.

-----  
Quelle: DIW Wochenbericht 27/97.

Auf diesem Hintergrund muß auch die Diskussion über die kurzen Arbeitszeiten in Deutschland differenziert betrachtet werden. Vielleicht ist sie weniger Ausdruck des Verfalls von spezifischen Arbeitstugenden als vielmehr der notwendigen Regeneration geschuldet, welche die zunehmende physische und psychische Beanspruchung hocheffizienter Arbeitsplätze mit sich bringt.

Der Spagat zwischen geringen Zuwächsen bei den Lohnstückkosten d.h. Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsstandorts Deutschland und hohen Lohnnebenkosten hat gesellschaftlich betrachtet allerdings einen hohen Preis, denn er kann gegenwärtig nur gelingen wenn sich die Wirtschaft in einem ständigen Prozeß von unproduktiven Arbeitsplätzen trennt und die verbleibenden Arbeitsplätze immer effizienter gestaltet. Selbst wenn unterstellt wird, daß auch zukünftig entsprechende Rationalisierungsmöglichkeiten vorhanden sein werden, erhöht diese Verfahrensweise stetig den Bestand an Arbeitslosen, was beim bestehenden Finanzierungsmodus des Sozialbudgets wiederum über hohe und steigende Kosten der sozialen Sicherung Druck auf die Lohnnebenkosten und damit auf die zu fordernde Mindestproduktivität von Arbeitsplätzen ausübt.

### 3.1.8.2 Die Weltwirtschaft

Arbeit in Deutschland kann heute nicht mehr allein aus einer isolierten nationalen Perspektive betrachtet werden, sie ist vielmehr integraler Bestandteil eines weltumspannenden Netzes von wirtschaftlichen Verflechtungen welches durch starke wechselseitige Interdependenzen geprägt ist.

Dies ist insbesondere in den vergangenen Jahren in Gestalt der Globalisierungsdiskussion deutlich ins Bewußtsein der westlichen Länder gerückt. Der Begriff „Globalisierung“ wird in Westeuropa mehr und mehr zum Schlüsselbegriff für dramatische Veränderungen im Sozialstaatsgefüge. Globalisierung steht dabei für eine zunehmende wirtschaftliche Verflechtung über Handels-, Kapital- und Technologieströme, aber auch für zunehmende Konkurrenz aus Niedriglohnländern sowie für die Auslagerung von Arbeitsplätzen über Direktinvestitionen.<sup>21</sup>

Während sich mit zunehmendem internationalem Wettbewerbs- und Konkurrenzdruck für die einen nun endlich die langersehnten Handlungsspielräume zur Korrektur von nationalstaatlichen Fehlentwicklungen eröffnen, indem neuerdings auch diejenigen gesellschaftlichen, politischen und administrativen Regeln in Frage gestellt werden dürfen, die lange Zeit als eine Art unverrückbarer Konsens betrachtet werden konnten<sup>22</sup>, überwiegen für die anderen die negativen Folgen. Hierfür mag stellvertretend folgendes Zitat stehen: “Wir stehen am Beginn einer neuen Ära großer Unsicherheit, permanenter Krisen und der Abwesenheit jeglichen status

---

<sup>21</sup> DIW Wochenbericht 23/97, S.1

<sup>22</sup> Z.B. der Anspruch einer möglichst umfassenden sozialen Sicherung um den Preis der Inkaufnahme des Mißbrauchs von großzügig formulierten Bestimmungen. Das staatliche Arbeitsvermittlungsmonopol, welches um den Preis einer möglichen geringeren Effizienz die Arbeitslosen vor Geschäftemachern schützen sollte. Das stillschweigende Übereinkommen, daß einmal ausgehandelte Errungenschaften für Arbeitnehmer, wie Urlaubstage, Überstundenzuschläge, arbeitsfreie Samstage etc. nicht mehr zurückgenommen werden können. Aber auch, daß die Herabsetzung einmal erreichter verwaltungstechnischer Standards wie etwa bei Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren oder Baugenehmigungen möglich ist.



quos...“<sup>23</sup>. Globalisierung wird also als Ursache für steigende Arbeitslosigkeit und deshalb als Bedrohung für Demokratie und Wohlstand der westlichen Länder verstanden. Viele sehen in ihr den Beginn eines Wettrennens nach unten, in dessen Verlauf die Reallöhne auf das Niveau von Schwellen- oder gar Entwicklungsländern sinken müssten, wenn man erfolgreich auf den Weltmärkten konkurrieren wolle.

Zunächst aber der Reihe nach:

In der öffentlichen Diskussion ist der Eindruck verbreitet, als hätte sich das Tempo der Globalisierung in den letzten Jahren stark verschärft. Für die Handelsströme läßt sich dies nicht feststellen. So hat sich der Offenheitsgrad<sup>24</sup> der deutschen Volkswirtschaft nur langsam und relativ kontinuierlich erhöht. Stark zugenommen hat der Wert dieses Indikators für das verarbeitende Gewerbe und, wie wir wissen, die entsprechenden Ergebnisse auf dem Arbeitsmarkt generiert. Das hohe Wachstum des Dienstleistungssektors, dessen Offenheitsgrad beinahe konstant geblieben ist, hat diesen Trend aber fast neutralisiert. Für die meisten anderen Industrieländer ergibt sich ein ähnliches Bild.

Auch aus den Arbeitskräftebewegungen läßt sich keine Erhöhung des Globalisierungstempos ablesen. Zwar verzeichneten die meisten Industrieländer von 1970 bis 1994 per saldo Zuwanderungen. Diese waren jedoch mit Ausnahme Schwedens und Deutschlands nahezu konstant, und bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind sie gering. Dies belegt, daß Arbeit trotz zunehmender Tendenz in Richtung einer Weltkultur nach wie vor ein wenig mobiler Produktionsfaktor ist.

Ein fundamental anderes Bild ergibt sich bei den Kapitalströmen:

Tab. 3-6: Kapitalströme (1) ausgewählter Länder

-----  
 Kapitalstroeme (1) ausgewaehlter Laender  
 in vH des BIP  
 -----

<sup>23</sup> M. Stürmer 1993, zit. nach Hobsbawm, E. (1994), *The Age of Extremes*, New York 1994, S. 558, eigene Übersetzung.

<sup>24</sup> Der Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft ergibt sich als Summe aus dem Anteil der Exporte am Bruttoproduktionswert und dem Anteil der Importe an der gesamten inländischen Nachfrage dividiert durch zwei.

	1970-74	1975-79	1980-84	1985-89	1990-95
Belgien-Luxemburg	...	3,4	5,1	14,3	41,5
Daenemark	...	0,6	0,9	3,5	7,2
Deutschland	1,2	1,3	1,7	5,2	6,3
Japan	...	0,6	2,6	5,9	3,7
Niederlande	7,3	4,7	6,0	10,9	11,1
Schweden	1,0	1,2	1,7	5,0	7,0
USA	1,0	1,5	1,4	2,9	3,3
Vereinigtes Koenigreich	3,6	4,0	5,4	14,4	11,9

-----  
 (1) Summe der einflussenden und ausfliessenden Direktinvestitionen plus Portfolioinvestitionen.

Quelle: IMF, World Economic Outlook, May 1997, Washington, D.C., zit nach DIW-Wochenbericht 23/97.

In den achtziger Jahren kam es zu einem starken Anstieg der Direkt- und Portfolioinvestitionen. Für die erste Hälfte der neunziger Jahre läßt sich für Japan und das Vereinigte Königreich zwar ein leichter Rückgang feststellen, dennoch ist an den Kapitalströmen die Intensivierung der weltwirtschaftlichen Verflechtung am deutlichsten zu erkennen.

Alles in allem kann man - trotz der Öffnung Osteuropas - nicht pauschal davon sprechen, daß es in den letzten Jahren einen Globalisierungsschub gegeben hätte. Die Globalisierung ist vielmehr ein langsamer und relativ stetiger Prozeß, der gleichwohl permanenten Strukturwandel erfordert.<sup>25</sup> Dennoch hat gerade die besonders hohe Mobilität des Kapitals weitreichende Folgen für die Handlungs- und damit Krisenbewältigungsfähigkeit der Politik in den einzelnen Staaten. Während Gesetze immer nur mit Wirkung bis zur Staatsgrenze erlassen werden können, gelingt dem polyglotten Kapital mühelos das Überspringen dieser Grenze und es ist ihm so möglich, sich jeder ordnungs- oder verteilungspolitisch motivierten nationalen Repression zu entziehen.

"Das Kapital geht und die Politik bleibt mit dem Volk zurück", sagt Richard von Weizsäcker, und oft genug geht es wie Lopez, unter Mitnahme der Produktionsgeheimnisse und -fertigkeiten, die in den Heimatländern in Jahrzehnten aufgebaut wurden, unter kostenfreier Benutzung der Infrastruktur von

---

<sup>25</sup> DIW Wochenbericht 23/97.

Universitäten, Schulen, Bibliotheken, Organisationen. Das ist - geschichtsphilosophisch - gesehen, unmoralisch, nur: daraus erwächst kein Titel.

Hier geht es weniger um die negativen Salden bei den Direktinvestitionen, welche die deutsche Zahlungsbilanz aufweist, denn ein Land, welches einen Exportüberschuß im Güterbereich aufweist kann aus saldenmechanischen Gründen gar nicht anders als Kapital exportieren oder Dienstleistungen (beispielsweise in Form von Tourismus) importieren. Ein Problem könnte das absolute Niveau darstellen auf dem der eben beschriebene Austausch stattfindet.

Aber auch hier kommt man für die Bundesrepublik nicht weiter, denn wie der Index des Ausfuhrvolumens zeigt war, abgesehen vom Jahr 1993, im Zeitraum von 1970 bis 1995 jährlich eine Steigerung zu verzeichnen.<sup>26</sup>

Etwas differenzierter stellt sich die Situation bei der zeitlichen Entwicklung und beim internationalen Vergleich der Anteile dar, welche Deutschland am Welthandel hat:

Tab. 3-7: Export- und Importanteile ausgewählter Länder und OECD am Welthandel

	1979	1989	1996	1998*
<b>Exportanteile</b>				
Deutschland	10,9	11,7	10,3	9,7
OECD	67,1	74,8	73,3	72,2
USA	11,2	12,3	11,8	12,3
Japan	6,3	9,2	8,0	8,1
<b>Importanteile</b>				
Deutschland	9,5	8,5	8,2	7,5
OECD	72,9	76,2	71,9	70,6
USA	13,3	16,2	15,5	16,1
Japan	6,3	6,4	6,1	5,9

Quelle: OECD (Hrsg.), Economic Outlook, June 1997, Tab. A49.

<sup>26</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 1996, S. 277.

Sowohl bei den Export- als auch bei den Importanteilen liegt Deutschland im Trend der OECD und seiner Hauptkonkurrenten USA und Japan. Allerdings ist Deutschland mit der Wiedervereinigung allein bevölkerungsmäßig um 1/3 gewachsen, so daß insgesamt festgehalten werden muß, daß sich seine Wettbewerbsposition im internationalen Handel verschlechtert hat. Dies ist jedoch in erster Linie Ergebnis des Zusammenbruchs der sozialistischen Staatengemeinschaft und kann nicht der zunehmenden Globalisierung angelastet werden.

Das durch die Globalisierung induzierte Problem besteht vielmehr in einem internationalen Steuerwettbewerb im Bereich der Kapitalbesteuerung in Verbindung mit den Gestaltungsspielräumen multinationaler Konzerne. Es ist nämlich längst nicht mehr nur im Bereich der Finanzunternehmen so, daß sich Kapital der inländischen Besteuerung entzieht, auch in der Industrie ist es längst nicht mehr üblich, daß Steuern dort gezahlt werden, wo die Wertschöpfung stattfindet, sondern dort wo die steuerlichen Konditionen am günstigsten sind. Überwies BMW im Jahr 1988 noch 545 Mio. DM an den deutschen Fiskus, so waren es im Jahr 1992 gerade noch 31 Mio. DM. Ein Jahr später kehrten sich die Zahlungsströme sogar um und es kam zu einer Steuererstattung in Höhe von 32 Mio. DM. BMW erwirtschaftet beispielsweise laut Steuerbilanz ca. ein Drittel des gesamten Konzerngewinns in seiner belgischen Niederlassung, obwohl dort kein einziges Fahrzeug produziert wird. Insgesamt, so wird vermutet, hat das Unternehmen auf diese Weise zwischen 1989 und 1993 über eine Mrd. DM an Steuern und Abgaben gespart. Auch Siemens verlegte seinen Konzernsitz steuerrechtlich ins Ausland, mit der Konsequenz, daß von einem Gewinn in Höhe von 2,1 Mrd. DM im Steuerjahr 1994/95 gerade noch 100 Mio. DM an Steuern in Deutschland anfielen. Im Jahr 1996 zahlte Siemens schließlich überhaupt nichts mehr.<sup>27</sup> Das allgemeine Prinzip hinter diesem Trend besteht grob gesprochen darin, Aufwendungen jeweils dort entstehen zu lassen, wo die steuerliche Belastung hoch ist und Gewinne dort auszuweisen wo günstige Steuerkonditionen herrschen. Dies wird beispielsweise über eine entsprechende Gestaltung konzerninterner Transferpreise erreicht.

---

<sup>27</sup> Martin, H.P./Schumann, H. (1996) Die Globalisierungsfalle, Reinbek 1996, S 271f.

Auch Deutschland ist inzwischen auf dieses Karussell aufgesprungen, seit 1980 sank beispielsweise die durchschnittliche effektive Besteuerung von Unternehmensgewinnen von 37% auf 25% (1994).

Im Endeffekt werden Umverteilungsspielräume immer knapper und es bleibt im Grunde nur die Besteuerung von Faktoren, welche wenig mobil sind und dies trifft in erster Linie wiederum die Arbeitseinkommen und damit die Lohnkosten, so daß sich auch hier der Kreis wieder schließt.

#### **4 Ausblick in die Zukunft; Economic Possibilities for Our Grandchildren**

Wie die Diskussion um Arbeit und Wohlstand im Rahmen eines gesamtwirtschaftlichen Kontexts gezeigt hat, scheint für das typische Mitglied in modernen westlichen Industriegesellschaften, entgegen den Erwartungen von KEYNES, die Grenze seiner materiellen Bedürfnisse noch lange nicht erreicht zu sein. Jedoch sind für den individuellen Arbeitnehmer weitere Wohlstandszuwächse nur um den Preis einer immer effizienter organisierten Wirtschaft zu erreichen. Dies an sich wäre nicht verwerflich, wäre für diese Entwicklung nicht ein derart hoher Preis in Form von Arbeitslosigkeit und all ihren Folgen zu zahlen, von denen wir heute gerade einmal einen Vorgeschmack zu spüren bekommen. Ein Weg der gerechteren Verteilung der Arbeit, der freilich Abstriche bei den individuellen Einkommen bedeuten würde scheint im gegenwärtigen Denken wenig Platz zu haben. Vielmehr scheint sich der Egoismus der einzelnen immer mehr als gesellschaftliches Paradigma durchzusetzen. Gleichzeitig schwindet aufgrund der zunehmenden Durchlässigkeit nationaler Wirtschaftsgrenzen auch die Macht der nationalstaatlichen Regierungen, den fundamentalen sozialpolitischen Konsens auf dem westliche Demokratien seit Jahrzehnten ruhen zu verteidigen und korrigierend in die Marktergebnisse einzugreifen. Auf der anderen Seite ist jedoch auch klar, daß gerade die Unersättlichkeit der individuellen Bedürfnisse in Verbindung mit dem eigenen Vorankommen als individuelles Lebensziel der entscheidende Motor für die rasante wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern westlicher Prägung war und damit auch als Quelle unseres heutigen Wohlstandes an-

gesehen werden muß. Nur die Frage, die sich heute stellt ist, ob in naher Zukunft der Wohlstand seine eigenen Kinder frißt.

Nehmen wir einmal an, die Entwicklung würde weiter wie bisher verlaufen müssen; es wäre nicht möglich, den Weg auf dem wir uns momentan befinden zu verlassen. Dann stößt man über kurz oder lang unweigerlich an Grenzen. Diese Grenzen können wirtschaftlicher, ökologischer oder sozialer Natur sein. Ziel der folgenden Überlegungen ist die Darstellung dieser Grenzen und die Bedingungen unter denen sie jeweils bindend werden könnten.

Angenommen unserer gegenwärtige wirtschaftliche Verfassung würde weiterhin die Richtung nehmen, die sie heute in der Tendenz bereit eingeschlagen hat. Dann würde die Entsolidarisierung zu einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft in eine schmale Schicht gutverdienender Arbeitsplatzbesitzer und eine breite Masse leidlich abgesicherte Arbeitsloser führen, deren Lebenshaltung, wenn wir den psychologischen Studien glauben dürfen, durch Resignation und mangelndes Selbstwertgefühl geprägt sein wird. Wie wir wissen, kann dies zu einer ernsten Gefahr für eine demokratische Gesellschaftsordnung werden. Einerseits wächst mit zunehmendem Verlust der materiellen und sozialen Einbindung in die Gesellschaft die Bereitschaft zu radikalen Lösungen. Diese könnten, wenn wir die wirklich auf die 20:80-Gesellschaft zusteuern einen Rückhalt bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung finden und eine entsprechende Sprengkraft entwickeln. Andererseits, wenn wir annehmen, daß sich dieses Potential eher in eine Resignation Richtung entwickelt, dann mag uns zwar der totale Umbruch erspart bleiben, jedoch würde der Rückzug von 80% der Bevölkerung aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben zu einer ernsthaften Legitimationskrise eines demokratisch verfaßten Staatswesens führen. Enden könnte solch ein Prozeß in einer Oligarchie der arbeitenden Bevölkerung. Daß es sich hierbei um ein nicht ganz unrealistisches Szenario handelt, wird unmittelbar deutlich, wenn man einen Blick auf die momentanen Auflösungserscheinungen des demokratischen Systems (Parteienkrise, Nichtwähler als stärkste politische Interessengruppe bei Wahlen) wirft.

Aber auch aus wirtschaftlicher Sicht birgt der eben beschriebene Prozeß ernstzunehmende Gefahren, Unternehmen scheinen nicht zu berücksichtigen, daß sie außer ineffizienten Arbeitskräften auch ihre eigenen Nachfrager wegrationalisieren. Dies ist eines der vielen Beispiele bei denen individuelle Rationalität und gesamtgesellschaftliche Rationalität nicht im Einklang stehen. Besonders gefährlich ist hierbei, daß der einzige Akteur, der hier für einen Ausgleich sorgen könnte, der Staat, zunehmend an Gestaltungskraft verliert. Wenn die Massenkaufkraft wegbricht und in Zukunft durch die Konsumbedürfnisse einer kleinen Gruppe von Arbeitsplatzbesitzern ersetzt werden muß, dann steht zu befürchten, daß KEYNES' Endlichkeit der individuellen Bedürfnisse schneller als gedacht zu einem das Wachstum und die Entwicklung des allgemeinen Wohlstands restringierenden Faktor wird. Am Ende müßte auch dann über alternative Wege nachgedacht werden; nur die Zeit zur Anpassung, die uns momentan noch zur Verfügung steht werden wir dann nicht mehr haben.

Nehmen wir an, das eben beschriebene Szenario würde sich als falsch erweisen und es würde gelingen den gegenwärtigen gesellschaftlichen Konsens über ein entsprechend hohes Wirtschaftswachstum auch zukünftig zu alimentieren. Dann wären all unsere Probleme gelöst, gäbe es nicht natürliche Grenzen des Wachstums. Eine Tatsache die spätestens seit der aufsehenerregenden Studie „The Limits to Growth“ des Club of Rome aus dem Jahr 1972 ins allgemeine Bewußtsein gerückt ist.

Begreift man die Wirtschaft als ein offenes System, d.h. als ein System das quasi über einen Verdauungstrakt verfügt und Energie und Materialien in niedrig-entropischer Form (Rohmaterialien) aufnimmt und sie in hoch-entropischer Form (Abfall) wieder abgibt, und betrachtet man die Wirtschaft als ein in die Umwelt eingebettetes Subsystem, wobei die Umwelt als nicht-wachsend und materiell geschlossene angesehen wird, dann liegt es auf der Hand, daß die Wirtschaft mit zunehmender Ausdehnung immer mehr Raum im übergeordneten System einnimmt und dieses immer mehr in Anspruch nimmt. Es kommt mit zunehmender Größe des Subsystems Wirtschaft immer mehr zu einer Überforderung der Regenerations- und Absorptionsfähigkeit der Umwelt; ein Prozeß der schließlich irgendwann an seine Grenzen stoßen muß. Wo nun liegen aber diese

Grenzen genau? Eine intuitive Einschätzung kann anhand der folgenden Überlegungen vorgenommen werden:

Gehen wir davon aus, daß als Indikator für die Größe des Subsystems Wirtschaft der Aneignungsgrad der Nettoprimärproduktion der Photosynthese (Nahrungsmittelproduktion und Naturverbrauch) herangezogen werden kann. Dieser liegt für das landgebundene Ökosystem bei ca. 40%, für die Erde insgesamt bei nur 25%. Wenn man den niedrigeren Wert ansetzt, so ergibt sich c.p. als äußerste Wachstumsgrenze für die Weltwirtschaft eine Vervierfachung, wobei dieser Wert jenseits jeglicher Nachhaltigkeit liegt, da er die komplette Aneignung durch den Menschen impliziert. Der Zusammenhang zwischen der Größe der Wirtschaft und der Inanspruchnahme der Natur ergibt sich vereinfacht über den „Naturdurchsatz“ des ökonomischen Systems. Dieser läßt sich gedanklich in folgende Faktoren aufspalten:

- Bevölkerung
- Wohlstand (z.B. ausgedrückt als pro-Kopf-Einkommen)
- Technologie.

Hierbei ist der Naturdurchsatz oder Naturverbrauch umso größer, je größer die Bevölkerung und der Wohlstand und je schlechter die Technologie ist.

Nehmen wir zur Einschätzung unseres Handlungsspielraums an, daß sich unsere Solidarität nicht nur bis zu den Landesgrenzen erstreckt, sondern daß auch eine Hebung des Wohlstandes in den armen Ländern der Erde erreicht werden soll. Dann würde bei einer angenommenen Verdopplung der Weltbevölkerung in den nächsten vierzig Jahren eine Erhöhung des Naturdurchsatzes um den Faktor 46 erforderlich sein, damit die armen Länder, bei gleichbleibendem Wohlstandsniveau in den reichen Ländern und gegebener Technologie, zu diesen aufschließen könnten.<sup>28</sup>

Wenn wir zu unserer Ausgangsfrage nach Arbeit und Wohlstand in den Industrieländern zurückkehren, wird unter den genannten Prämissen deutlich, daß auf lange Sicht, selbst bei optimistischen Annahmen bezüglich des technologischen Fortschritts eine Strategie der Verbesserung der ei-

---

<sup>28</sup> Daly, H. E. (???), Ökologische Ökonomie, Konzepte, Fragen, Folgerungen, in ???, S. 226f.



genen Position durch Wirtschaftswachstum nicht operational ist, sondern daß im Weltwirtschaftszusammenhang sehr schnell Wachstumsgrenzen auftreten werden und die Wachstumsstrategie auch international zu einer Verteilungsstrategie zu Lasten anderer degenerieren muß.

## **5 Schlußbemerkung**

### **Fazit und finanzpolitische Optionen:**

Mit der fortschreitenden Internationalisierung sprich „kapitalistischen Globalisierung“ der Wirtschaft wird der sozialstaatliche Konsens nicht nur in Deutschland ausgehöhlt, da angesichts der wachsenden globalen Standortoptionen vieler Unternehmen die Einbindung und Verankerung der Unternehmen in den Nationalstaat und damit auch in die nationalen wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen schwindet. D.h. die Attraktivität des Standortfaktors „sozialer Friede“ nimmt ab.

Patentrezepte gegen diese nicht nur potentiellen Erosionsgefahren gibt es nicht.

Langfristig kann die Position eines Hochlohnlandes nur durch Produktivitätsvorsprünge gerechtfertigt und gesichert werden. Hierbei kommt - angesichts der faktischen Ubiquität der modernen Produktionstechnologien - den Produktinnovationen das größere Gewicht zu. Und da Produktinnovationen unmittelbar von der Qualität der vorhandenen Arbeitskräfte, der „man-“, besser „brainpower“ abhängen - stellen eine gezielte Wissenschaftsförderung, Ausbildungsförderung und Weiterbildungspolitik zunehmend wichtigere Politikfelder zur Sicherung des materiellen Wohlstandes und der sozialen Sicherung dar.

Kurz- und mittelfristig ist es erforderlich, die wohlfahrtsstaatlichen Finanzierungsstrukturen durch eine Anpassung an die sich ändernden Rahmenbedingungen zu stabilisieren. Hierbei gilt es zu bedenken, daß - auch wenn „Sozialer Friede“ ein gesamtwirtschaftlicher Produktionsfaktor ist - die Leistungsfähigkeit und Sustainability eines Wohlfahrtsstaates maßgeblich von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des jeweiligen Staates bzw. seiner dort domizilierten Betriebe abhängen. D.h. die o.a. Internationalisierung der Wirtschaft erfordert kapitalverwertungsorientierte Finanzierungsstrukturen und zwar um so ausgeprägter, je höher das angestrebte Sozialleistungsniveau ist.

Vor diesem Hintergrund sei auf zwei Optionen verwiesen.

1. Zur Senkung der durch Zwangsabgaben bedingten Arbeitskosten empfiehlt sich

- erstens eine Erhöhung des steuerfinanzierten Anteils der Sozialausgaben nach Maßgabe des beachtlichen Blockes der über Sozialversicherungsbeiträge finanzierten versicherungsfremden Leistungen (hierdurch könnte eine Senkung der Lohnnebenkosten um ca. 6 Prozent erreicht werden) und
- zweitens - zur Steigerung der Wachstumseffizienz - eine Umstrukturierung des Steuersystems weg von der Besteuerung der Faktoren Arbeit und Kapital und dafür hin zu einem deutlich stärker die verschiedensten Arten von Verbräuchen belastenden System.

Im Rahmen dieser steuerlichen Umrelationierung kämen in Deutschland in Frage

- eine Energieverbrauchssteuer und/oder

- eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Bei einer Mehrwertsteuererhöhung (1 Prozent = 11 Mrd. DM) bietet sich an, um die regressiven Wirkungen abzumildern

- den ermäßigten Steuersatz (derzeit 7 Prozent) konstant zu halten und ausschließlich auf Lebensmittel zu begrenzen und
- den recht umfangreichen Katalog der bislang umsatzsteuerbefreiten Leistung (z.B. von Ärzten) zu verringern.

Eine derartige Umstrukturierung sollte keinesfalls zu einer Steuerquotenerhöhung führen - das Gegenteil ist wünschenswert - und müßte auf jeden Fall flankiert werden durch einen drastischen Abbau steuerlicher Subventionen und Sonderregelungen und insbesondere durch eine Intensivierung der faktischen Anwendung des jeweils geltenden Steuerrechts. Letzteres würde nicht nur die Steuergerechtigkeit sondern die fiskalische Ergiebigkeit erhöhen. (Beispielsweise haben Betriebsprüfungen in 1994 zu einem steuerlichen „Mehraufkommen“ von 15,6 Mrd. DM geführt.

Allerdings: Eine (notwendige) Erhöhung der Allokations- und Beschäftigungseffizienz unseres (wohlfahrts-)staatlichen Abgabensystems wird nicht ohne Auswirkungen auf die Redistributiveffizienz möglich sein.

2. Da neue strukturelle Herausforderungen auch neue strukturelle Handlungs-, d.h., in diesem Falle Finanzierungsstrukturen erfordern, sollte man auch an eine zukunftsorientierte, wohlfahrtsstaatliche Instrumentalisierung des „Altenreichtums“ denken. Betrachtet man nämlich die Ergebnisse der letzten Ein-

kommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988, so zeigt es sich, daß Rentner und Pensionäre heute durchschnittlich doppelt soviel Kapital angespart haben wie Berufstätige. Bis zur Jahrtausendwende wird ein Viertel des gesamten Geld- und Grundvermögens den über 65jährigen gehören. Armut hat schon längst nicht mehr alleine etwas mit dem Alter zu tun. Ein Vergleich des verfügbaren Haushaltseinkommens-Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit plus Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit plus Bruttoeinkommen aus Vermögen plus empfangene laufende Übertragung minus Steuern - von Rentnern und Pensionären mit dem der Privathaushalte insgesamt zeigt, daß ein Rentnerhaushalt auf 70,3 Prozent und ein Pensionärshaushalt auf 95,8 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens eines durchschnittlichen Privathaushalts kommt. Dabei ist neben den empfangenen laufenden Übertragungen insbesondere das Einkommen aus Vermögen von Bedeutung. Ein genaueres und gleichzeitig differenzierenderes Bild ergibt sich bei Betrachtung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Rentnerhaushalte noch im Verhältnis zu anderen sozioökonomischen Haushaltstypen. In Tabelle 1 wird die - gerade mit steigender Anzahl der Rentner- und Pensionärshaushalte - Relevanz der demographischen Entwicklung für die Güter- und Kapitalmärkte deutlich.

Tabelle 1: Pro-Kopf-Einkommen der Rentnerhaushalte im Verhältnis zu anderen sozialökonomischen Haushaltstypen 1991

<b>Haushaltstyp</b>	<b>absolut</b>	<b>in Prozent der Rentnerhaushalte</b>
<b>Selbständige</b>	<b>54497</b>	<b>236</b>
<b>Pensionäre</b>	<b>31493</b>	<b>137</b>
<b>Angestellte</b>	<b>25380</b>	<b>110</b>
<b>Beamte</b>	<b>25152</b>	<b>109</b>
<b>Rentner</b>	<b>23054</b>	<b>100</b>
<b>Arbeiter</b>	<b>18089</b>	<b>79</b>
<b>Landwirte</b>	<b>14596</b>	<b>63</b>
<b>Arbeitslose</b>	<b>13291</b>	<b>58</b>
<b>Sozialhilfeempfänger</b>	<b>10703</b>	<b>46</b>

Der bereits erwähnte beachtliche Anteil des Einkommens aus Vermögen deutet auf relevante Vermögensbestände bei den Haushalten dieser oberen Altersgruppe hin. Untergliedert nach Sparguthaben, Bausparguthaben, Wertpapiere und Immobilien ergeben sich bereits nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988 folgende Werte (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Vermögensbestände der oberen Altersgruppen  
westdeutscher Haushalte 1988 (in Milliarden DM)

Art des Vermögens	Haushalte insgesamt	Haushalte der Altersgruppen		
		55- unter 65	65 - unter 70	70 und darüber
Sparguthaben	270,0	58,3	31,7	60,3
Bausparguthaben	101,6	14,8	4,9	4,8
Wertpapiere	222,7	48,4	30,8	50,6
Immobilien	512,3	108,9	45,7	61,1
Vermögen insgesamt	1106,6	230,4	113,1	176,8

Hinsichtlich der Vermögensdiversifikation läßt sich im übrigen noch ein gravierender Unterschied zwischen den Haushalten der oberen Altersgruppen und den übrigen Privathaushalten feststellen: Während die Anteile der Haushalte mit Sparguthaben, Bausparguthaben und Wertpapieren über die verschiedenen Altersklassen relativ gleich verteilt sind, ergibt sich bei der Vermögensform Immobilien ein krasser Unterschied: So haben nur 6,2 Prozent aller Privathaushalte Haus- und Grundstückseigentum gegenüber 49 Prozent in den drei oberen Altersgruppen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ferner das Faktum der in den nächsten Jahren über die Generation der 50jährigen „Westbürger“ schwappenden Woge des ererbten Vermögens aus den akkumulierten Ersparnissen der Aufbau- generation der Nachkriegszeit oder aus den fällig werdenden Lebensversicherungen, die am Ende der Wirtschaftswunderzeit in den sechziger Jahren abgeschlossen wurden. Dieser „zweiten Generation der Nachkriegserben“ werden in den nächsten zehn Jahren eine Billion DM an Geldvermögen, 700 Milliarden DM an Immobilienwerten (in heutigen Preisen) und über 360 Milliarden DM aus fälligen Lebensversicherungen, d.h. insgesamt über 2 Billionen DM zufließen, wobei der typische Erbe der nächsten Jahre kein "Youngster" sein wird, sondern eben der etablierte 50jährige.

Da und wenn dem so ist, dann sollten der Erbschafts- und Schenkungssteuer in Zukunft mehr Bedeutung als bisher beigemessen werden, zumal wenn man bedenkt, daß in den nächsten Jahren rund 2 Billionen DM bzw. mindestens 100 Milliarden Mark pro Jahr zur Vererbung anstehen. Wird zudem berücksichtigt, daß - wie erwähnt - die Erbengeneration selbst be-



reits um die 40 Jahre alt ist, so kommt es hier zu einer immensen Vermögenskonzentration.

Neben einer spürbaren, aber gleichwohl maßvollen Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, einer Erhöhung, bei der allerdings den betriebswirtschaftlichen Belangen des Generationsüberganges von Unternehmen explizit Rechnung getragen werden mußte, wäre - aufgrund der starken Ungleichverteilung des Vermögens - innerhalb der oberen Altersgruppen auch ein intragenerativer Finanzausgleich vorstellbar. Angesichts dieser Polarisierung ist es nicht abwegig, dem Gedanken eines „Solidarausgleichs der Älteren untereinander“ als eine neue, den gewandelten Verhältnissen Rechnung tragende Idee nicht von vornherein zu verwerfen. Eine Instrumentalisierung bzw. Mobilisierung des Seniorenreichtums scheint auch und gerade unter Verteilungsgesichtspunkten eine bislang zu wenig erwogene zukunftsorientierte Strategie zu sein.

\*\*\*\*\*

Professorenpoesie aus jener milden Vorzeit, da das Designer-Feuerzeug, die Turbotoilette mit eingebautem Heimlabor, der Wegwerfschrank, das Überraschungsei, Gußeisenpoller, Heimtrainer und Pfirsiche zu jeder Jahreszeit noch nicht zu den Unwegdenkbarkeiten in jeder Dreizimmerwohnung gehörten? Nein, denn ohne die radikale Arbeitszeitverkürzung, die tatsächlich in den letzten hundert Jahren stattgefunden hat, wäre alles noch viel "schlimmer". Der Anteil der Arbeitszeit an der Lebenszeit hat sich seit 1895 um mehr als die Hälfte verringert; in den letzten 30 Jahren allein ist die Jahresarbeitszeit um 30

Prozent gesunken, während die Produktivität pro Arbeitsstunde sich vervierfacht hat.

Und den könnten wir wahrlich gebrauchen. Denn ganz so einfach, ganz so altbacken bildungsbürgerlich, wie Professor Keynes sich das Paradies vorstellte, wird es heute nicht mehr abgehen. [Denn das „wir“ der Volkswirtschaft, die in ihrem halbwegs geschlossenen Raum den Reichtum nach sozialen Kriterien verteilen kann, die beschließen kann, die befreite Zeit an die Stelle weiterer Warenberge zu stellen - diese Volkswirtschaft gibt es nicht mehr.] Ohne politischen Eingriff ist der Sinn der Arbeitsgesellschaft, den Keynes in der Mehrung des Wohlbehagens der Arbeitsbürger sah, nicht mehr zu haben. Ohne eine neue Politik wird auch unsere Gesellschaft immer weiter zerfallen in eine wirkliche, weltmarkttaugliche und eine ABM-Welt, immer noch mit der Lebenslüge, dies alles sei noch provisorisch und das Wachstum werde schon wieder kommen. Erst wenn diese Lüge nicht mehr die öffentlichen Plätze besetzt, erst wenn eine Regierung das öffentliche Eingeständnis gewagt hat, daß der Markt es nicht mehr richtet, werden wir ernsthaft an die Organisation der Arbeit geben. Erst dann wird die Chance bestehen, die Arbeitsgesellschaft an ihren Sinn zu erinnern. Erst, wenn wir uns an ihn erinnern, erst auch, wenn wir wahrhaft global denken, kann die Produktivität des Kapitalismus als die einzigartige Chance erfahren werden, den Wohlstand der Welt zu mehren. Im Norden anders als im Süden. Denn seit Keynes seinen Traum träumte, hat sich die Welt verändert.

Demnächst werden 20 % der Menschen 80 % der Güter herstellen - die andern werde man mit "tittytainment" unterhalten: mit billigen Lebensmitteln und schrottigen TV-Programmen. Die Multis zahlen kaum noch Steuern, die Nationen unterbieten sich mit Sozialstandards, die Löhne der unteren Klassen in den Industrieländern sinken, und dies alles kommt nicht „dem Standort“, sondern den 20% Geldeinkommensbesitzern und Hochqualifizierten zugute. Bundesminister Töpfer stellte in Berlin das Buch der beiden Journalisten vor: Jeden Buchstaben der Analyse unterschreibe er. Und die politischen Forderungen - eine Steuer auf die Finanzspekulation, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, ein starkes Sozialeuropa mit Steuerhoheit, globale Regeln für den Welthandel, Luxussteuer, Ökosteuer...? Alles grundsätzlich richtig, sagt Töpfer, aber er sehe keine politische Kraft, die diese Entwicklung schnell genug verwirkliche.

Der Neoliberalismus ist so mächtig, weil er die Welt aus einem Guß erklären kann, weil er schon gar nicht mehr mit der Politik rechnet, die sozialen Ausgleich möglich macht: im Nationalstaat. Und wir haben derzeit keine Institutionen, die Wachstum, Beschäftigung und Bedürfnisbefriedigung weltweit organisieren, lenken, begrenzen könnten, im Sinne einer sozialökologischen Weltmarktwirtschaft. Aber wir müssen sie aufbauen - auch wenn die amtierenden Politiker vor der Aufgabe zurückschrecken. Wir müssen es, bei Strafe des Untergangs in einer Barbarei, für die wir noch keine Worte haben.

Denn das Kapital tut genau das, was die Verteidiger des Kapitalismus schon immer gesagt haben: es geht dahin, wo die Rendite am höchsten ist, d.h. dorthin, wo es am meisten gebraucht wird. In die Welt, die noch keine Toaster, Benetton-Pullis, Waschmaschinen, Pick-Up-Trucks, Kreislaufmittel und Werkzeugmaschinen hat. Dies alles wird nun massenhaft und billiger dort produziert, wo es noch kaum jemand hat, und von dort wird es reimportiert - weil das diese Güter auch hier billiger macht.

Und die europäische Menschheit könnte zur Ruhe kommen. Der Prozeß des Anschaffens wäre beendet, und die Überzeit, die unsere Großväter und Mütter in den europäischen Reichtum investiert haben, kann den Kindern nun zurückgegeben werden. Die Menschen arbeiten weniger, aber die Produktivität der Gesellschaft erfordert auch weniger Arbeit. Im Großen und Ganzen haben alle genug, noch mehr schafft eher Probleme (Ozonloch, Waldsterben, Streß, Konsumkrankheiten, Allergien, Stau). Und immer noch wird eine satte Monopolrente den entwickelten Norden nähren, wenn er seinen Vorsprung klug einsetzt, denn Europa kann - und muß - nun Dinge ersinnen und exportieren, die die Chinesen auch in zwanzig, dreissig Jahren noch nicht bauen können. Das muß ja nicht der Transrapid sein, aber wie wäre es mit revolutionären Verkehrssystemen, mit umweltschonenden Produktionsverfahren und menschenfreundlichen Wohnungsbautechniken, mit energiearmen Autos und ewig haltbaren Zahnfüllungen.

Das ist ein schöner Traum. Und er ist zutiefst europäisch: den Fortschritt, den wir über die Welt gebracht haben, sich selbst komprimieren zu lassen. Zeitwohlstand für alle Nordländer und eine Entwicklungsabteilung für's Allerneueste. Zum zweiten mal, nachdem wir der Welt den Imperialismus, das Kapital, die Massenvernichtungswaffen beschert haben, könnte der industrielle Norden, auf der Basis von Reichtum und neuer Gelassenheit, die Welt verändern, die Wunden heilen, die er geschlagen hat.

Die übrig bleibende Arbeit aber sollten wir so gleichmäßig wie möglich auf alle verteilen. Damit sie nicht überflüssig werden, damit sie sich als Teil der Gesellschaft wissen, damit sie sich mit der objektiven Wirklichkeit auseinandersetzen lernen, damit sie auf eigenen Füßen stehen können, damit sie nicht das Gefühl haben, überflüssig zu sein. Nur mit solchen Menschen kann man Demokratie machen, nicht mit Analphabeten, nicht mit Motivlosen, nicht mit Überflüssigen. Das erfordert bessere Schulen, mit Sicherheit solche, die ihnen mehr praktisches Wissen, handwerkliche Fähigkeiten, Orientierung in einer chaotischen Welt beibringen. Damit sie lernen, als Einzelne mit sinnvoller Tätigkeit durchzukommen, auch wenn die Arbeitsmärkte nie wieder so ordentlich sein werden wie in den letzten fünfzig Jahren. Und: damit sie Singen lernen, anders als die Keynes'sche Putzfrau.

Streng genommen, haben wir kein ökonomisches Problem, wenn Ökonomie die Veranstaltung ist, mit knappen Mitteln ein Höchstmaß an gesellschaftlichem Wohlstand zu produzieren.

Wir haben "nur" ein politisches Problem: Wir haben nicht die Verfahren, darüber zu beraten und zu entscheiden, welche Gesellschaft wir wollen. Wir haben das Zutrauen verloren, unsere Gesellschaft noch gestalten zu können, weil wir fasziniert auf die Schlange Weltwirtschaft starren. Aber diese Schlange ist keine Natur. Die Globalisierung ist kein Schicksal. Sie ist gemacht worden. Seit einem Vierteljahrhundert haben die Weltbank und der Internationale Währungsfonds die Deregulierung der Märkte durchgesetzt, politisch unterstützt von den USA. "Das war gut für die USA", schreibt Eric Hobsbawm in seiner monumentalen Weltgeschichte des Zwanzigsten Jahrhunderts, aber nicht notwendigerweise für die Welt." Und schon gar nicht für den europäischen Sozialstaat.

Das Keynes'schen 3-Stunden-Paradies ist immer noch ein gutes Stück Weg entfernt, nicht nur, weil so viele Interessen im Wege liegen. Aber bevor wir nur noch drei Stunden zur Arbeit gehen und den Rest des Tages genug Zeit haben, unsere Kinder zu erziehen, die Städte umzubauen, die, die Alten zu pflegen, und - wenn alles getan ist allerlei andere Dinge zu machen, müssen wir noch ein paar Jahre aufräumen, was die vor uns angereichtert haben. Die Städte bewohnbar, die Energie effizienter machen; und dazu Dinge tun, die für den Staat zu

teuer geworden sind: Parks pflegen, Bibliotheken betreuen, öffentliche Bäder beaufsichtigen und so weiter.

Auf drei Beinen werden wir stehen: Erwerbsarbeit, die unabhängig macht, Bürgerarbeit, die mit Gemeinde und Staat verbindet, Eigenarbeit zur Selbstverwirklichung.

"Das Kapital geht und die Politik bleibt mit dem Volk zurück“, sagt Richard von Weizsäcker, und oft genug geht es wie Lopez, unter Mitnahme der Produktionsgeheimnisse und -fertigkeiten, die in den Heimatländern in Jahrzehnten aufgebaut wurden, unter kostenfreier Benutzung der Infrastruktur von Universitäten, Schulen, Bibliotheken, Organisationen. Das ist - geschichtsphilosophisch - gesehen, unmoralisch, nur: daraus erwächst kein Titel.

Aber alle Länder des Nordens haben hier ein Interesse an Regelungen, daran, daß sie sich nicht wechselseitig unterbieten, daran, daß etwas von dem neugeschaffnen Reichtum aus der südlichen Welt zurückfließt und die Entwicklung neuer Technologien möglich macht.

Eine Gesellschaft der befreiten Zeit, ein Sozialsystem, das behutsam auf Eigentätigkeit der Bürger umstellt, ein aktiver Staat, der durch gezielte Nachfrage die industrielle Innovation fördert und lenkt (welche Technischen Systeme wollen wir in Zukunft? Welche braucht die Welt?)), ein Europa, das sich nicht abschottet, sondern an seinen Rändern den Austausch mit den

benachbarten Regionen und dem Weltmarkt organisiert, eine weltweite Zählung der Multis - sonst noch Wünsche?

Auch auf anderen Gebieten müssen wir erwarten, auf Veränderungen zu stoßen. Wenn die Anhäufung von Reichtum nicht mehr von hoher gesellschaftlicher Wichtigkeit ist, werden große Veränderungen der Sittengesetze eintreten. Wir werden imstande sein, uns von vielen der schein-sittlichen Grundsätze loszusagen, die uns seit zweihundert Jahren wie ein Albdreck verfolgt haben, wobei wir einige der abstoßendsten menschlichen Eigenschaften in die Stellung höchster Tugenden emporgesteigert haben. Wir werden uns das Wagnis leisten können, den Gelderwerbstrieb nach seinem wahren Wert einzuschätzen. Die Liebe zum Geld als Besitz - zu unterscheiden von der Liebe zum Geld als einem Mittel für die Genüsse und die Wirklichkeiten des Lebens - wird als das erkannt werden, was es ist: ein ziemlich widerliches Leiden, eine jener halbverbrecherischen, halbkrankhaften Neigungen, die man mit Schaudern an die Fachleute für geistige Erkrankungen verweist. Wir werden dann endlich die Freiheit haben, alle Arten von gesellschaftlichen Gewohnheiten und wirtschaftlichen Kniffen von uns zu werfen, die die Verteilung des Reichtums, wirtschaftliche Belohnungen und Strafen betreffen, und die wir jetzt, so widerlich und ungerecht sie in sich selbst



sein mögen, mit allen Mitteln aufrechterhalten, weil sie ungeheuer nützlich sind, die Anhäufung von Kapital zu fördern.

Ich sehe also für uns die Freiheit, zu einigen der sichersten und gewissesten Grundsätze der Religion und herkömmlichen Tugend

zurückzukehren: daß Geiz ein Laster ist, das Verlangen von Wucherzinsen ein Vergehen, die Liebe zum Geld verächtlich, und daß diejenigen, die sich am wenigsten um den Morgen sorgen, am

wahrsten in den Pfaden der Tugend und maßvoller Weisheit wandeln. Wir werden die Zwecke wieder höher werten als die Mittel, und

werden das Gute dem Nützlichen vorziehen. Wir werden wieder diejenigen ehren, die uns lehren, wie der Stunde und dem Tage tugendhaft und gut gerecht zu werden, jene köstlichen Menschen, die zu einem unmittelbaren Genuß der Dinge fähig sind, die Lilien des Feldes, die sich nicht mühen und die nicht spinnen.